Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10125

16. 03. 98

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 24. September 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über Soziale Sicherheit

A. Zielsetzung

Durch das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung soll im Bereich der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen, insbesondere für den Fall, daß sie sich im anderen Staat aufhalten, sichergestellt und koordiniert werden.

Das neue Abkommen soll das bisher im Verhältnis beider Staaten weitergeltende Abkommen vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit ablösen.

B. Lösung

Das Vertragswerk beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen seines sachlichen Geltungsbereichs. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungserbringung bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Vertragsstaat. Im Bereich der Kranken- und Unfallversicherung ist vorgesehen, daß den Versicherten – unter anderem auch Touristen – beim Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Sachleistungen aushilfsweise vom dortigen Träger der Kranken- bzw. Unfallversicherung erbracht werden. Ferner ist vorgesehen, daß in der deutschen und slowenischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Mit dem Inkrafttreten des Abkommens tritt im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsstaaten das deutsch-jugoslawische Abkommen vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit außer Kraft.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes sollen die Übereinkünfte die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Preisliche Auswirkungen ergeben sich nicht.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (311) – 806 06 – Ab 58/98

Bonn, den 16. März 1998

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 24. September 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 722. Sitzung am 6. März 1998 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 24. September 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden, in Laibach am 24. September 1997 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über Soziale Sicherheit,
2. Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Repubik Slowenien über Soziale Sicherheit.

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens und der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens für einzelne Träger der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen, so können diese ganz oder teilweise ausgeglichen werden. Über den Ausgleich entscheidet auf Antrag die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung-Ausland im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen. Die zur Durchführung des Ausgleichs erforderlichen Mittel werden durch Umlage auf alle Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Vorjahres, ohne Rentner, aufgebracht.

Artikel 3

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen das Nähere zu regeln. Die Vereinbarungen können auch Änderungen der in Artikel 1 Nr. 2 genannten Durchführungsvereinbarung vorsehen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 29 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,

3. das Verfahren beim Erbringen von Geld- und Sachleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 29 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 4

Die Aufgaben der zuständigen Behörde nach

- Artikel 10 des Abkommens vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit (BGBl. 1969 II S. 1437),
- Artikel 11 des Abkommens vom 25. März 1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über Soziale Sicherheit (BGBl. 1986 II S. 550),
- Artikel 6 des Abkommens vom 25. April 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Sozialversicherung von Arbeitnehmern, die in das Gebiet des anderen Staates vorübergehend entsandt werden (BGBl. 1974 II S. 925),
- Artikel 11 des Abkommens vom 16. April 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit (BGBl. 1986 II S. 582)

werden vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an auf die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung-Ausland, Bonn, übertragen.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Abkommen nach seinem Artikel 45 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 12 Abs. 1 in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sich die Übereinkünfte auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit den Übereinkünften das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung gibt die Ermächtigung, im Vergleich zu anderen Trägern der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen einer Krankenkasse auszugleichen, die durch das Abkommen entstehen können, z. B. Belastungen mit nicht erstattungsfähigen Verwaltungskosten für die Betreuung von Versicherten der slowenischen Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entscheidung der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung-Ausland unterliegt gegebenenfalls der Nachprüfung durch die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

Zu Artikel 3

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 4

Das Abkommen vom 24. September 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über Soziale Sicherheit sieht in Artikel 11 vor, daß die zuständigen Behörden oder die von ihnen benannten Stellen Vereinbarungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften über Versicherungspflicht im Bereich der Sozialen Sicherheit treffen können. Entsprechende Regelungen gelten innerhalb der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraums und sind in den neueren von Deutschland geschlossenen bilateralen Sozialversicherungsabkommen mit anderen Staaten enthalten.

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland als die für den Abschluß dieser Vereinbarungen zuständige Stelle aufgrund der in den Abkommen enthaltenen Regelungen benannt.

Soweit zu bestimmten Vertragsstaaten die Übertragung der Aufgaben auf die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland noch nicht erfolgt ist, soll dies mit dieser Vorschrift geschehen. Dies ist erforderlich, um eine einheitliche Verfahrensweise beim Abschluß dieser Vereinbarungen zu erreichen; die Übertragung dieser Zuständigkeiten auf eine Stelle ist auch aus verwaltungsökonomischen Gründen geboten. Ferner wird mit dieser Maßnahme auch einer Forderung des Bundesrechnungshofes entsprochen.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 45 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 12 Abs. 1 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über Soziale Sicherheit

Sporazum med Zvezno republiko Nemčijo in Republiko Slovenijo o socialni varnosti

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Slowenien –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Begriffe

1. „Hoheitsgebiet"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,

   in bezug auf die Republik Slowenien
   das Hoheitsgebiet der Republik Slowenien;

2. „Staatsangehöriger"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

   in bezug auf die Republik Slowenien
   einen Staatsangehörigen der Republik Slowenien;

3. „Rechtsvorschriften"

   die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich des Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) jeweils erfaßten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen;

4. „zuständige Behörde"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,

   in bezug auf die Republik Slowenien
   das Ministerium für Arbeit, Familie und soziale Angelegenheiten und das Ministerium für das Gesundheitswesen;

5. „Träger"

   die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfaßten Rechtsvorschriften obliegt;

Zvezna republika Nemčija

in

Republika Slovenija

sta se v želji, da bi uredili medsebojna razmerja na področju socialne varnosti,

sporazumeli, kot sledi:

I. del

Splošne določbe

1. člen

Opredelitev izrazov

(1) V tem sporazumu pomenijo izrazi:

1. "ozemlje"

   za Zvezno republiko Nemčijo
   ozemlje Zvezne republike Nemčije,

   za Republiko Slovenijo
   ozemlje Republike Slovenije;

2. "državljan"

   za Zvezno republiko Nemčijo
   Nemca v smislu ustave Zvezne republike Nemčije,

   za Republiko Slovenijo
   državljana Republike Slovenije;

3. "pravni predpisi"

   zakone, odloke, statute in druge splošne pravne akte, ki se nanašajo na področja in sisteme socialne varnosti iz prvega odstavka 2. člena tega sporazuma (stvarna veljavnost);

4. "pristojni organ"

   za Zvezno republiko Nemčijo
   Zvezno ministrstvo za delo in socialno ureditev,

   za Republiko Slovenijo
   Ministrstvo za delo, družino in socialne zadeve in Ministrstvo za zdravstvo;

5. "nosilec"

   zavod ali organ, ki je pristojen za izvajanje pravnih predpisov iz prvega odstavka 2. člena tega sporazuma (stvarna veljavnost);

6. „zuständiger Träger"

   den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;

7. „Beschäftigung"

   eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

8. „Versicherungszeiten"

   Beitragszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften anerkannte Zeiten, die anzurechnen sind;

9. „Geldleistung", „Rente" oder „Pension"

   eine Rente, Pension oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen;

10. „Leistung"

    eine Geld- und Sachleistung.

(2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.

6. "pristojni nosilec"

   nosilca, pristojnega po pravnih predpisih, ki jih je treba uporabiti;

7. "zaposlitev"

   zaposlitev ali dejavnost v skladu s pravnimi predpisi, ki jih je treba uporabiti;

8. "zavarovalne dobe"

   dobe plačevanja prispevkov, ki so po pravnih predpisih, po katerih so bile dopolnjene, določene kot dobe plačevanja prispevkov in druge po teh pravnih predpisih priznane dobe, ki jih je treba prišteti;

9. "denarna dajatev", "renta" ali "pokojnina"

   rento, pokojnino ali neko drugo denarno dajatev, vključno z vsemi dodatki, doplačili in povišanji;

10. "dajatev"

    denarno dajatev in storitev.

(2) Drugi izrazi imajo pomen, kot jim ga določajo pravni predpisi, ki se uporabljajo v vsaki od držav pogodbenic.

Artikel 2
Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich auf

1. die deutschen Rechtsvorschriften über
   a) die Krankenversicherung sowie den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit sie die Erbringung von Geld- und Sachleistungen durch die Träger der Krankenversicherung zum Gegenstand haben,
   b) die Unfallversicherung,
   c) die Rentenversicherung,
   d) die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
   e) die Alterssicherung der Landwirte;
2. auf die slowenischen Rechtsvorschriften über
   a) die Krankenversicherung,
   b) die Renten- und Invaliditätsversicherung,
   c) den Mutterschutz.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung des Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt. Dies gilt nicht, soweit das andere Abkommen oder das überstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines der beiden Vertragsstaaten übergegangen oder aus deren Last abgegeben worden sind.

2. člen
Stvarna veljavnost

(1) Ta sporazum se nanaša:

1. na nemške pravne predpise o
   a) zdravstvenem zavarovanju ter o varstvu zaposlene matere, če gre za denarne dajatve in storitve, ki jih mora zagotavljati nosilec zdravstvenega zavarovanja,
   b) zavarovanju za nesrečo pri delu,
   c) pokojninskem zavarovanju,
   d) dodatnem zavarovanju zaposlenih v rudarskih in železarskih podjetjih,
   e) kmečkem starostnem zavarovanju;
2. na slovenske pravne predpise o
   a) zdravstvenem zavarovanju,
   b) pokojninskem in invalidskem zavarovanju,
   c) varstvu materinstva.

(2) Če so po pravnih predpisih ene države pogodbenice poleg pogojev za uporabo sporazuma izpolneni tudi pogoji za uporabo nekega drugega sporazuma ali naddržavne ureditve, potem nosilec te države pogodbenice pri uporabi sporazuma ne upošteva drugega sporazuma ali naddržavne ureditve. To ne velja, če drug sporazum ali naddržavno pravo vsebuje ureditve zavarovalnega bremena, po kateri zavarovalne dobe dokončno preidejo v breme ene od držav pogodbenic ali če sta to breme oddali.

Artikel 3
Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt

a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten gelten oder galten,
b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte von den unter Buchstabe a bezeichneten Personen ableiten.

3. člen
Osebna veljavnost

Ta sporazum velja

a) za osebe, za katere veljajo ali so veljali pravni predpisi ene od držav pogodbenic,
b) za druge osebe, če uveljavljajo pravice iz zavarovanja oseb, navedenih v črki a).

Artikel 4
Gleichbehandlung

(1) Die nachstehend genannten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet des einen oder des anderen Vertragsstaats aufhalten, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich:

4. člen
Enako obravnavanje

(1) Naslednje osebe, ki prebivajo na ozemlju ene ali druge države pogodbenice, so pri uporabi pravnih predpisov ene od držav pogodbenic izenačene z njenimi državljani:

1. als unmittelbar erfaßte Personen
   a) Staatsangehörige des anderen Vertragsstaats,
   b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
   c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,
2. als mittelbar erfaßte Personen

   andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats.

Artikel 5

Gleichstellung der Hoheitsgebiete

Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen, das Erbringen von Leistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, gelten nicht für die unmittelbar und mittelbar erfaßten Personen (Artikel 4 Absatz 1), die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten. Dies gilt entsprechend für alle übrigen vom persönlichen Geltungsbereich des Abkommens erfaßten Personen (Drittstaatsangehörige), soweit es sich nicht um die Zahlung von Renten oder einmaligen Geldleistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung, Rentenversicherung, die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Alterssicherung der Landwirte oder nach den slowenischen Rechtsvorschriften über die Renten- und Invalidenversicherung handelt.

Artikel 6

Versicherungspflicht von Arbeitnehmern

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindet.

Artikel 7

Versicherungspflicht bei Entsendung

Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in den anderen Vertragsstaat entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in bezug auf diese Beschäftigung während der ersten 24 Kalendermonate allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats über die Versicherungspflicht so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 8

Versicherungspflicht von Seeleuten

(1) Für die an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge eines der beiden Vertragsstaaten führt, beschäftigten Personen gelten die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaats führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats hat und nicht Eigentümer des Schiffs ist, so gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechts-

1. kot neposredno zajete osebe
   a) državljani druge države pogodbenice,
   b) begunci v smislu 1. člena Konvencije o pravnem položaju beguncev z dne 28. julija 1951 in protokola k navedeni konvenciji z dne 31. januarja 1967,
   c) osebe brez državljanstva v smislu 1. člena Konvencije o pravnem položaju oseb brez državljanstva z dne 28. septembra 1954,
2. kot posredno zajete osebe

   druge osebe glede pravic, ki jih uveljavljajo po državljanu ene države pogodbenice, beguncu ali osebi brez državljanstva v smislu tega člena.

(2) Dajatve po pravnih predpisih ene od držav pogodbenic se bodo zagotavljale državljanom druge države pogodbenice, ki prebivajo izven ozemelj držav pogodbenic, pod enakimi pogoji kot tam prebivajočim državljanom prve države pogodbenice.

5. člen

Izenačitev ozemelj

Pravni predpisi ene države pogodbenice, po takterih je pogoj za nastanek pravice do dajatev, za zagotavljanje dajatev ali za plačilo denarnih dajatev bivanje v tej državi pogodbenici, ne veljajo za osebe iz prvega odstavka 4. člena tega sporazuma (neposredno in posredno zajete osebe), ki bivajo na ozemlju druge države pogodbenice. To velja ustrezno tudi za vse druge, v osebni veljavnosti sporazuma zajete osebe (državljane tretjih držav), razen če gre za plačevanje pokojnin ali enkratnih denarnih dajatev po nemških pravnih predpisih o zavarovanju za nesrečo pri delu, o pokojninskem zavarovanju, o dodatnem zavarovanju zaposlenih v rudarskih in železarskih podjetjih in o kmečkem starostnem zavarovanju ali po slovenskih pravnih predpisih o pokojninskem in invalidskem zavarovanju.

6. člen

Obveznost zavarovanja za delojemalce

Obveznost zavarovanja delojemalcev se presoja po pravnih predpisih države pogodbenice, na katere ozemlju so zaposleni; to velja tudi, če se delodajalec nahaja na ozemlju druge države pogodbenice.

7. člen

Obveznost zavarovanja pri napotitvi

Če delojemalca, ki je zaposlen v eni državi pogodbenici, njegov delodajalec v okviru tega delovnega razmerja pošlje v drugo državo pogodbenico, da tam zanj opravi neko delo, veljajo za to zaposlitev v prvih 24. koledarskih mesecih še naprej samo pravni predpisi prve države pogodbenice o obveznosti zavarovanja, tako kot če bi še vedno delal na njenem ozemlju.

8. člen

Obveznost zavarovanja za mornarje

(1) Za posadko morske ladje veljajo pravni predpisi tiste države pogodbenice, pod katere zastavo plove ladja.

(2) Če delojemalca, ki prebiva na ozemlju ene države pogodbenice, delodajalec s sedežem na ozemlju te države pogodbenice začasno zaposli na morski ladji, ki plove pod zastavo druge države pogodbenice in ni njegova last, veljajo glede obveznosti zavarovanja pravni predpisi prve države pogodbenice, kot če bi bil zaposlen na njenem ozemlju.

vorschriften des ersten Vertragsstaats, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 9

Versicherungspflicht gleichgestellter Personen

Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die vom sachlichen Geltungsbereich des Abkommens (Artikel 2) bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

9. člen

Obveznost zavarovanja izenačenih oseb

Določbe tega sporazuma o obveznosti zavarovanja veljajo ustrezno tudi za osebe, ki niso delojemalci, na katere pa se nanašajo pravni predpisi iz 2. člena tega sporazuma (stvarna veljavnost).

Artikel 10

Versicherungspflicht von Beschäftigten bei Auslandsvertretungen

(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von diesem oder von einem Mitglied oder einem Bediensteten einer Auslandsvertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für die Dauer der Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so, als wäre er dort beschäftigt.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsland aufgehalten, so kann er binnen sechs Monaten nach Beginn der Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungslands wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tage der Erklärung an.

(3) Beschäftigt die Auslandsvertretung eines der Vertragsstaaten Personen, für die die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gelten, so hat die Auslandsvertretung die Verpflichtungen eines Arbeitgebers nach diesen Rechtsvorschriften einzuhalten.

10. člen

Obveznost zavarovanja zaposlenih pri predstavništvih v tujini

(1) Če ena država pogodbenica, član ali uslužbenec kakšnega njenega predstavništva v tujini zaposli svojega državljana na ozemlju druge države pogodbenice, veljajo zanj med trajanjem zaposlitve glede obveznosti zavarovanja pravni predpisi prve države pogodbenice, kot če bi bil tam zaposlen.

(2) Če je delojemalec iz prvega odstavka pred zaposlitvijo prebival v državi zaposlitve, lahko v šestih mesecih od začetka zaposlitve izbere, ali naj glede obveznosti zavarovanja zanj veljajo pravni predpisi države zaposlitve. O tem mora obvestiti delodajalca. Pravni predpisi, ki jih izbere, veljajo od dneva obvestila.

(3) Če predstavništvo ene od držav pogodbenic zaposli osebe, za katere veljajo pravni predpisi druge države pogodbenice, mora izpolnevati obveznosti delodajalca po teh pravnih predpisih.

Artikel 11

Ausnahmen von den Bestimmungen über die Versicherungspflicht

Auf Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag der gleichgestellten Personen im Sinne des Artikels 9 können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht abweichen unter der Voraussetzung, daß die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen.

11. člen

Izjeme od določb o obveznosti zavarovanja

Pristojni organi držav pogodbenic ali organi, ki jih ti določijo, lahko na predlog delojemalca in delodajalca ali na predlog z njima po 9. členu izenačenih oseb sporazumno odstopijo od uporabe določb tega sporazuma o obveznosti zavarovanja pod pogojem, da se za zadevno osebo še naprej uporabljajo ali se bodo uporabljali pravni predpisi ene od držav pogodbenic. Pri tem je treba upoštevati vrsto in okoliščine zaposlitve.

Artikel 12

Zusammentreffen von Leistungen

(1) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats über das Nichtbestehen oder die Einschränkung eines Leistungsanspruchs oder einer Leistung beim Zusammentreffen mit anderen Leistungsansprüchen oder anderen Leistungen oder sonstigen Einkünften werden auch in bezug auf vergleichbare Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats ergeben. Hätte dies zur Folge, daß beide Leistungen eingeschränkt werden, so sind sie jeweils um die Hälfte des Betrags zu mindern, um den sie nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen der Anspruch besteht, zu mindern wären.

(2) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats über das Nichtbestehen des Leistungsanspruchs oder die Einschränkung der Leistung, solange eine Beschäftigung oder eine bestimmte Beschäftigung ausgeübt wird oder eine Pflichtversicherung in der Rentenversicherung besteht, werden auch in bezug auf vergleichbare Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder in dessen Hoheitsgebiet ergeben.

12. člen

Stek dajatev

(1) Pravni predpisi ene države pogodbenice o neobstoju ali omejitvi pravice do dajatve ali dajatve v steku z drugimi pravicami do dajatve ali drugimi dajatvami ali drugimi dohodki se uporabijo tudi v primerljivih okoliščinah, ki nastanejo pri uporabi pravnih predpisov druge države pogodbenice. Če bi bili zaradi tega obe dajatvi omejeni, ju je treba zmanjšati za polovico zneska, za katerega bi se morali zmanjšati po pravnih predpisih države pogodbenice, po katerih pravica obstaja.

(2) Pravni predpisi ene države pogodbenice o neobstoju pravice do dajatve ali o omejitivi dajatve se, dokler se opravlja neko delo ali neko določeno delo ali obstaja obvezno zavarovanje v pokojninskem zavarovanju, uporabljajo tudi v primerljivih okoliščinah, ki nastanejo pri uporabi pravnih predpisov druge države pogodbenice ali na njenem ozemlju.

Abschnitt II
Besondere Bestimmungen

Kapitel 1
Krankenversicherung und Mutterschaft

Artikel 13
Zusammenrechnung von Versicherungszeiten

Für die Versicherungspflicht, das Recht auf freiwillige Versicherung, für den Leistungsanspruch und für die Dauer der Leistung bei Krankheit oder Mutterschaft nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats werden die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten vergleichbaren Versicherungszeiten und Leistungszeiten erforderlichenfalls zusammengerechnet, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 14
Versicherung von Familienangehörigen

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften über die Versicherung der Familienangehörigen steht der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt in einem Vertragsstaat dem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im anderen Vertragsstaat gleich.

Artikel 15
Freiwillige Versicherung

(1) Verlegt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats versichert war, den gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so kann sie, soweit dessen Rechtsvorschriften dies vorsehen, der Versicherung dieses Vertragsstaats nach den dort geltenden Rechtsvorschriften freiwillig beitreten, wenn für diese Person zu irgendeiner Zeit die Rechtsvorschriften des zweiten Vertragsstaats gegolten haben. Dabei steht dem Ausscheiden aus einer Pflichtversicherung das Ausscheiden aus einer freiwilligen Versicherung gleich. Die Versicherung wird durchgeführt

in der Bundesrepublik Deutschland

von einer vom Versicherten zu wählenden Krankenkasse, soweit sich aus den deutschen Rechtsvorschriften nichts anderes ergibt,

in der Republik Slowenien

von der für den Wohnort zuständigen Gebietseinheit der Krankenversicherungsanstalt Sloweniens.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Personen, deren Recht auf Weiterversicherung sich von der Versicherung einer anderen Person ableitet.

Artikel 16
Gleichstellung der Hoheitsgebiete bei Krankheit und Mutterschaft

(1) Die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) gilt für eine Person,

a) die, nachdem der Versicherungsfall eingetreten ist, ihren gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger der Verlegung des Aufenthalts vorher zugestimmt hat;

b) bei der der Versicherungsfall während des vorübergehenden Aufenthalts im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nur, wenn sie wegen ihres Zustands sofort Sachleistungen benötigt;

c) bei der der Versicherungsfall nach dem Ausscheiden aus der Versicherung eingetreten ist, nur, wenn sich die Person in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats begeben hat, um dort eine ihr angebotene Beschäftigung anzunehmen.

II. del
Posebne določbe

1. poglavje
Zdravstveno zavarovanje in materinstvo

13. člen
Seštevanje zavarovalnih dob

Za obveznost zavarovanja, pravico do prostovoljnega zavarovanja, pravico do dajatve in za trajanje dajatve v primeru bolezni ali materinstva po pravnih predpisih ene države pogodbenice se po potrebi seštejejo primerljive zavarovalne dobe in časi trajanja dajatev, dopolnjeni po pravnih predpisih obeh držav pogodbenic, če se ne nanašajo na isto obdobje.

14. člen
Zavarovanje družinskih članov

Pri uporabi pravnih predpisov o zavarovanju družinskih članov je stalno prebivališče ali prebivanje v eni državi pogodbenici izenačeno s stalnim prebivališčem ali prebivanjem v drugi državi pogodbenici.

15. člen
Prostovoljno zavarovanje

(1) Če oseba, ki je bila zavarovana po pravnih predpisih ene države pogodbenice, prenese prebivališče na ozemlje druge države pogodbenice, lahko prostovoljno pristopi k zavarovanju druge države pogodbenice po tam veljavnih pravnih predpisih, če ti to omogočajo in če so zanjo kadar koli veljali pravni predpisi druge države pogodbenice. Pri tem je izstop iz prostovoljnega zavarovanja izenačen z izstopom iz obveznega zavarovanja. Zavarovanje izvaja:

v Zvezni republiki Nemčiji

bolniška blagajna, ki jo izbere zavarovanec, če nemški pravni predpisi ne določajo drugače,

v Republiki Sloveniji

območna enota Zavoda za zdravstveno zavarovanje Slovenije, pristojna po kraju bivanja.

(2) Prvi odstavek ustrezno velja za osebe, katerih pravica do nadaljevanja zavarovanja izhaja iz zavarovanja neke druge osebe.

16. člen
Izenačitev ozemelj v primeru bolezni in materinstva

(1) Določba 5. člena (izenačitev ozemelj) velja za osebo,

a) ki se je po nastanku zavarovalnega primera za stalno ali začasno preselila na ozemlje druge države pogodbenice, le tedaj, če je pristojni nosilec predhodno dal soglasje k spremembi kraja bivanja;

b) pri kateri je nastal zavarovalni primer med začasnim bivanjem na ozemlju druge pogodbenice, le tedaj, če je njeno stanje takšno, da je storitev takoj potrebna;

c) pri kateri je nastal zavarovalni primer po izstopu iz zavarovanja, le tedaj, če je odšla na ozemlje druge države pogodbenice, da bi sprejela ponujeno zaposlitev.

(2) Die Zustimmung zur Verlegung des Aufenthalts (Absatz 1 Buchstabe a) kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldbaren Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat oder nicht einholen konnte.

(3) Die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) gilt nicht für eine Person, solange für sie Leistungen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie sich gewöhnlich oder vorübergehend aufhält, beansprucht werden können.

(4) Absatz 1 Buchstaben a und b gilt nicht für Leistungen bei Mutterschaft.

Artikel 17

Sachleistungsaushilfe

(1) Bei Anwendung der Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) sind die Sachleistungen

in der Bundesrepublik Deutschland

von einer vom Anspruchsberechtigten zu wählenden Krankenkasse am Aufenthaltsort,

in der Republik Slowenien

von der für den Aufenthaltsort zuständigen Gebietseinheit der Krankenversicherungsanstalt Sloweniens

zu erbringen.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften; für die Dauer der Sachleistungen, den Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen sowie die sich hierauf beziehenden Rechtsvorschriften über das Leistungsstreitverfahren gelten jedoch die für den zuständigen Träger maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Für die in der Republik Slowenien wohnenden Angehörigen der Versicherten der deutschen Träger der Krankenversicherung und für die in der Republik Slowenien wohnenden Personen, die gemäß Artikel 18 Absatz 3 bei den deutschen Trägern der Krankenversicherung versichert sind, gelten hinsichtlich des Kreises der zu berücksichtigenden Angehörigen und hinsichtlich der Dauer, für die Sachleistungen zu erbringen sind, die Rechtsvorschriften des slowenischen Trägers. Dies gilt nur für den Fall, daß die Kosten für Sachleistungen nach Pauschbeträgen je Familie zu erstatten sind.

(4) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung werden außer in Fällen unbedingter Dringlichkeit nur erbracht, soweit der zuständige Träger zustimmt. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der Person ernstlich zu gefährden. Die Zustimmung nach Satz 1 ist nicht erforderlich, wenn dem Träger des Aufenthaltsorts die Kosten für Sachleistungen pauschal erstattet werden.

(5) Personen und Stellen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die vom persönlichen Geltungsbereich des Abkommens (Artikel 3) erfaßten Personen zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, als ob diese Personen bei den Trägern des Aufenthaltsorts (Absatz 1) versichert oder Angehörige solcher Versicherter wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

Artikel 18

Krankenversicherung der Rentner

(1) Auf eine Person, die aus den Rentenversicherungen beider Vertragsstaaten Rente bezieht oder diese beantragt hat, werden unbeschadet des Absatzes 2 die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner des Vertragsstaats angewendet, in dessen Hoheitsgebiet die betreffende Person sich gewöhnlich aufhält.

(2) Soglasje k spremembi kraja bivanja iz črke a) prvega odstavka se lahko izda naknadno, če ga oseba iz upravičenih razlogov ni predhodno pridobila ali ni mogla pridobiti.

(3) Določba 5. člena (izenačitev ozemelj) ne velja za osebo, za katero se dajatve lahko zahtevajo po pravnih predpisih države pogodbenice, na katere ozemlju ta oseba stalno ali začasno prebiva.

(4) Črki a) in b) prvega odstavka ne veljata za dajatve v primeru materinstva.

17. člen

Nudenje storitev

(1) Pri uporabi določbe 5. člena (izenačitev ozemelj) zagotavlja storitve:

v Zvezni republiki Nemčiji

bolniška blagajna, ki jo upravičenec izbere v kraju bivanja,

v Republiki Sloveniji

območna enota Zavoda za zdravstveno zavarovanje Slovenije, pristojna po kraju bivanja.

(2) Za nudenje storitev veljajo pravni predpisi, ki so merodajni za nosilca v kraju bivanja; za trajanje storitev, za krog družinskih članov, ki jih je treba upoštevati, ter na to nanašajoče se pravne predpise o postopku v primeru spora glede storitev pa veljajo pravni predpisi, merodajni za pristojnega nosilca.

(3) Za družinske člane zavarovancev pri nemškem nosilcu zdravstvenga zavarovanja, ki živijo v Republiki Sloveniji, in za osebe, ki živijo v Republiki Sloveniji in so zavarovane v skladu s tretjim odstavkom 18. člena pri nemških nosilcih zdravstvenega zavarovanja, veljajo glede kroga družinskih članov, ki jih je treba upoštevati, in glede časovnega obdobja, v katerem je treba nuditi storitve, pravni predpisi slovenskega nosilca. To velja samo za primer, ko se stroški za storitve obračunavajo pavšalno na družino.

(4) Ortopedski in drugi pripomčki ter druge storitve večje vrednosti se razen v primerih brezpogojne nujnosti dajejo le, če s tem soglaša pristojni nosilec. Brezpogojna nujnost je podana, če storitve ni mogoče odložiti, ne da bi bili življenje in zdravje osebe resno ogroženi. Soglasje iz prvega stavka ni potrebno, če se nosilcu v kraju bivanja stroški za storitve povrnejo pavšalno.

(5) Osebe in zavodi, ki so z nosilci iz prvega odstavka sklenili pogodbe o nudenju storitev za zavarovance teh nosilcev in njihove družinske člane, so dolžni nuditi storitve tudi osebam iz 3. člena sporazuma (osebna veljavnost), in sicer pod enakimi pogoji, kot če bi bile te osebe zavarovane pri nosilcih v kraju bivanja iz prvega odstavka ali bi bile družinski člani takih zavarovancev in kot če bi se te pogodbe nanašale tudi nanje.

18. člen

Zdravstveno zavarovanje upokojencev

(1) Za osebo, ki prejema pokojnino iz pokojninskih zavarovanj obeh držav pogodbenic ali ki je vložila zahtevo zanjo, veljajo ne glede na določbe drugega odstavka pravni predpisi o zdravstvenem zavarovanju upokojencev tiste države pogodbenice, na katere ozemlju ta oseba prebiva.

(2) Verlegt ein in Absatz 1 genannter Antragsteller oder Rentenempfänger seinen gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so werden die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner des ersten Vertragsstaats bis zum Ende des Monats nach dem Monat der Verlegung angewendet.

(3) Bezieht eine Person nur aus der Rentenversicherung eines Vertragsstaats eine Rente oder hat sie nur eine Rente beantragt, so gilt die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) in bezug auf die Versicherungspflicht nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner entsprechend.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, solange eine Person wegen Ausübung einer Beschäftigung nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie sich gewöhnlich aufhält, für den Fall der Krankheit oder der Mutterschaft versichert ist.

Artikel 19

Erstattung der Sachleistungsaushilfekosten

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die für die Sachleistungsaushilfe (Artikel 17) aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in einzelnen Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Artikel 20

Berechnung der Geldleistungen

Der zuständige Träger eines Vertragsstaats, nach dessen Rechtsvorschriften bei der Berechnung von Geldleistungen ein Durchschnittsarbeitsentgelt oder -einkommen oder ein Durchschnittsbeitrag zugrunde zu legen ist, ermittelt das Durchschnittsarbeitsentgelt oder -einkommen oder den Durchschnittsbeitrag ausschließlich aufgrund der Arbeitsentgelte oder -einkommen, die für die nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats zurückgelegten Zeiten festgestellt worden sind.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 21

Berücksichtigung von Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten)

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor, daß bei der Bemessung des Grads der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) im Sinne dieser Rechtsvorschriften auch andere Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallenden Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen stehen solche gleich, die nach anderen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zur Entschädigung des eingetretenen Versicherungsfalls zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

(2) Če se v prvem odstavku navedeni prosilec ali upokojenec za stalno preseli na ozemlje druge države pogodbenice, veljajo zanj pravni predpisi o zdravstvenem zavarovanju upokojencev prve države pogodbenice do konca meseca, ki sledi mesecu spremembe prebivališča.

(3) Če neka oseba prejema pokojnino le iz pokojninskega zavarovanja ene države pogodbenice ali je vložila zahtevo le za eno pokojnino, velja glede obveznosti zavarovanja po pravnih predpisih o zdravstvenem zavarovanju upokojencev ustrezno določba 5. člena (izenačitev ozemelj).

(4) Določbe prvega do tretjega odstavka se ne uporabljajo, dokler je oseba zaradi zaposlitve po pravnih predpisih države pogodbenice, na katere ozemlju prebiva, zavarovana za primer bolezni ali materinstva.

19. člen

Povračilo stroškov za opravljene storitve

(1) Pristojni nosilec povrne nosilcu v kraju bivanja zneske za opravljene storitve iz 17. člena, razen administrativnih stroškov.

(2) Da bi bilo poslovanje enostavnejše, se lahko pristojni organi na predlog udeleženih nosilcev dogovorijo, da se porabljeni zneski v vseh primerih ali v posameznih skupinah primerov vračajo v pavšalnih zneskih.

20. člen

Izračun denarnih dajatev

Pristojni nosilec ene države pogodbenice, katerega pravni predpisi predvidevajo, da se denarne dajatve izračunajo na podlagi povprečne plače, povprečnega dohodka ali povprečnega prispevka, ugotavlja povprečno plačo, povprečni dohodek ali povprečni prispevek izključno na podlagi plač ali dohodkov, ki so bili ugotovljeni za dobe, dopolnjene po pravnih predpisih te države pogodbenice.

2. poglavje

Zavarovanje za primer nesreče pri delu

21. člen

Upoštevanje nesreč pri delu (poklicnih bolezni)

(1) Če pravni predpisi ene države pogodbenice predvidevajo, da je treba pri ugotavljanju stopnje zmanjšanja zmožnosti za delo ali pri ugotavjanju pravice do dajatve zaradi nesreče pri delu (poklicne bolezni) v smislu teh pravnih predpisov upoštevati tudi druge nesreče pri delu (poklicne bolezni), velja to tudi za nesreče pri delu (poklicne bolezni), ki sodijo v okvir pravnih predpisov druge države pogodbenice, kot da bi spadale pod pravne predpise prve države pogodbenice. Z nesrečami pri delu, ki jih je treba upoštevati, so izenačene take, ki jih je treba upoštevati po drugih predpisih kot nesreče ali drue odškodninske primere.

(2) Nosilec, pristojen za izplačilo odškodnine za nastali zavarovalni primer, določi svojo dajatev po stopnji zmanjšane zmožnosti za delo zaradi nesreče pri delu (poklicne bolezni), ki jo mora upoštevati po zanj veljavnih pravnih predpisih.

Artikel 22

Berücksichtigung gesundheitsgefährdender Beschäftigungen

(1) Für den Leistungsanspruch aufgrund einer Berufskrankheit berücksichtigt der Träger eines Vertragsstaats auch Beschäftigungen, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen (gesundheitsgefährdende Beschäftigung). Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats erbracht, in dessen Hoheitsgebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält. Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf Rente, so hat der Träger nur den Teil zu erbringen, der dem Verhältnis der Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen bei Anwendung der Rechtsvorschriften des eigenen Vertragsstaats zur Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen bei Anwendung der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Neufeststellung des Leistungsanspruchs aufgrund einer Verschlimmerung der Berufskrankheit. Beruht diese auf einer erneuten gesundheitsgefährdenden Beschäftigung, besteht ein Anspruch auf Rente für die Verschlimmerung nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, unter dessen Rechtsvorschriften diese Beschäftigung ausgeübt wurde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Leistungen an Hinterbliebene.

22. člen

Upoštevanje zaposlitev, ki ogrožajo zdravje

(1) Za pravico do dajatev iz naslova poklicne bolezni upošteva nosilec ene države pogodbenice tudi zaposlitve, ki jih je oseba opravljala ob uporabi pravnih predpisov druge države pogodbenice in ki so lahko po svoji naravi povzročile to bolezen (zaposlitve, ki ogrožajo zdravje). Če obstaja pri tem po pravnih predpisih obeh držav pogodbenic pravica do dajatve, se nudijo storitve in zagotavljajo denarne dajatve, razen pokojnine, samo po pravnih predpisih tiste države pogodbenice, na katere ozemlju upravičenec prebiva. Če obstaja po pravnih predpisih ene države pogodbenice pravica do pokojnine, daje nosilec le tisti del, ki ustreza razmerju med trajanjem zaposlitev, ki ogrožajo zdravje, ob uporabi njegovih pravnih predpisov in trajanjem zaposlitev, ki ogrožajo zdravje, ob uporabi pravnih predpisov obeh držav pogodbenic.

(2) Prvi odstavek velja tudi za ponovno ugotavljanje pravice do dajatve zaradi poslabšanja poklicne bolezni. Če je do tega prišlo zaradi nove zaposlitve, ki ogroža zdravje, obstaja pravica do pokojnine za to poslabšanje samo po pravnih predpisih tiste države pogodbenice, katere pravni predpisi so veljali za to zaposlitev.

(3) Prvi in drugi odstavek veljata tudi za dajatve družinskim članom umrle osebe.

Artikel 23

Gleichstellung der Hoheitsgebiete im Bereich der Unfallversicherung

(1) Die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) gilt in bezug auf die Sachleistungen für eine Person, die während einer Heilbehandlung ihren gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger der Verlegung des Aufenthalts vorher zugestimmt hat.

(2) Die Zustimmung kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldbaren Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat oder nicht einholen konnte.

23. člen

Izenačitev ozemelj na področju zavarovanja za primer nesreče pri delu

(1) Določba 5. člena (izenačitev ozemelj) velja glede storitev za osebo, ki se je med zdravljenjem za stalno ali začasno preselila na ozemlje druge države pogodbenice, le tedaj, če je pristojni nosilec predhodno dal soglasje k spremembi kraja bivanja.

(2) Soglasje se lahko izda naknadno, če ga oseba iz upravičenih razlogov predhodno ni pridobila ali ni mogla pridobiti.

Artikel 24

Sachleistungsaushilfe

(1) Hat ein Träger des einen Vertragsstaats einer Person im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Sachleistungen zu erbringen, so sind sie vom Träger des Aufenthaltsorts zu erbringen:

in der Bundesrepublik Deutschland

von dem Träger der deutschen Unfallversicherung, der zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach deutschen Rechtsvorschriften zu entscheiden wäre, oder von dem von der deutschen Verbindungsstelle bezeichneten Träger der Unfallversicherung,

in der Republik Slowenien

von der zuständigen Gebietseinheit der Krankenversicherungsanstalt Sloweniens.

(2) Für Art und Weise und Umfang der Leistungserbringung gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Artikel 17 Absätze 4 und 5 gilt entsprechend bei der Erbringung von Sachleistungen bei Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten).

24. člen

Nudenje storitev

(1) Če mora nosilec ene države pogodbenice nuditi storitve osebi na ozemlju druge države pogodbenice, potem jih nudi nosilec v kraju bivanja:

v Zvezni republiki Nemčiji

nosilec nemškega zavarovanja za nesrečo pri delu, ki bi bil pristojen, če bi se o pravici do dajatev odločalo po nemških pravnih predpisih, ali nosilec zavarovanja za nesrečo pri delu, ki ga imenuje nemški organ za zvezo,

v Republiki Sloveniji

pristojna območna enota Zavoda za zdravstveno zavarovanje Slovenije.

(2) Za način in obseg nudenja storitev veljajo pravni predpisi, ki so merodajni za nosilca v kraju bivanja.

(3) Pri nudenju storitev ob nesrečah pri delu (poklicnih boleznih) se ustrezno uporabljata četrti in peti odstavek 17. člena.

Artikel 25

Erstattung der Sachleistungsaushilfekosten

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die für die Sachleistungsaushilfe (Artikel 24) im Einzelfall tatsächlich aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in einzelnen Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

25. člen

Povračilo stroškov za opravljene storitve

(1) Pristojni nosilec povrne nosilcu v kraju bivanja zneske, ki jih je ta v posameznem primeru dejansko porabil za nudenje storitev v skladu s 24. členom tega sporazuma, razen administrativnih stroškov.

(2) Da bi bilo poslovanje enostavnejše, se lahko pristojni organi na predlog udeleženih nosilcev dogovorijo, da se porabljeni zneski v vseh primerih ali v posameznih skupinah primerov vračajo v pavšalnih zneskih.

Kapitel 3

Rentenversicherung

Artikel 26

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die für einen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Dies gilt für Leistungen, deren Erbringung im Ermessen des Trägers liegt, entsprechend.

(2) Setzt der Anspruch auf Leistungen bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Das Ausmaß der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(4) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

3. poglavje

Pokojninsko zavarovanje

26. člen

Seštevanje zavarovalnih dob in izračun pokojnine

(1) Za pravico do dajatve po pravnih predpisih, ki jih je treba uporabiti, se upoštevajo tudi zavarovalne dobe, ki jih lahko prištejemo za pridobitev pravice do dajatve po pravnih predpisih druge države pogodbenice in ki se ne nanašajo na isto obdobje. To ustrezno velja za dajatve, ki so odvisne od presoje nosilca.

(2) Če so za pravico do dajatve pogoj določene zavarovalne dobe, se upoštevajo samo primerljive zavarovalne dobe po pravnih predpisih druge države pogodbenice.

(3) Obseg zavarovalnih dob, ki jih je treba upoštevati, se ravna po pravnih predpisih države pogodbenice, po katerih so bile dopolnjene.

(4) Če v tem sporazumu ni drugače določeno, se pokojnina izračuna po pravnih predpisih posamezne države pogodbenice, ki jih je treba uporabiti.

Artikel 27

Besonderheiten für den deutschen Träger

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben.

(2) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, daß bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Vorschriften ferner vor, daß sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder vergleichbare Tatbestände im anderen Vertragsstaat berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrente oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Rechtsvorschriften der Republik Slowenien gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in der Republik Slowenien.

(3) Die nach der Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten (Artikel 26 Absatz 1) zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur im tatsächlichen zeitlichen Ausmaß berücksichtigt.

(4) Ist die Befreiung von der Versicherungspflicht davon abhängig, daß eine bestimmte Zahl von Beiträgen entrichtet wurde, so werden die nach den slowenischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Beitragszeiten für die Entscheidung über die Versicherungsfreiheit berücksichtigt.

27. člen

Posebnosti za nemškega nosilca

(1) Osnova za izračun osebnih obračunskih točk so obračunske točke, ki izhajajo iz nemških pravnih predpisov.

(2) Če je za pravico do dajatev po nemških pravnih predpisih pogoj, da so dopolnjene določene zavarovalne dobe znotraj določenega časovnega obdobja, in če predpisi predvidevajo, da se to časovno obdobje podaljša zaradi določenih dejanskih okoliščin ali zavarovalnih dob, se za to podaljšanje upoštevajo tudi zavarovalne dobe po pravnih predpisih druge države pogodbenice ali primerljive dejanske okoliščine v drugi državi pogodbenici. Primerljive dejanske okoliščine so dobe, v katerih so se izplačevale invalidske ali starostne pokojnine ali dajatve zaradi bolezni, brezposelnosti ali nesreč pri delu (z izjemo pokojnin) po pravnih predpisih Republike Slovenije, in časi za vzgojo otrok v Republiki Sloveniji.

(3) Zavarovalne dobe, ki jih je treba upoštevati po določbi prvega odstavka 26. člena (seštevanje zavarovalnih dob), se upoštevajo samo v dejanskem časovnem obsegu.

(4) Če je oprostitev obveznosti zavarovanja odvisna od tega, da je bilo plačano določeno število prispevkov, se pri odločanju o oprostitvi obveznosti zavarovanja upošteva tudi doba plačevanja prispevkov, ki jo je treba upoštevati po slovenskih pravnih predpisih.

Artikel 28

Besonderheiten für den slowenischen Träger

(1) Hat eine Person nur unter Berücksichtigung des Artikels 26 Absatz 1 Anspruch auf Rente nach den slowenischen Rechtsvorschriften, wird diese auf folgende Art und Weise berechnet:

28. člen

Posebnosti za slovenskega nosilca

(1) Če ima oseba po slovenskih pravnih predpisih pravico do pokojnine le ob upoštevanju prvega odstavka 26. člena, se ta izračuna tako:

a) Der slowenische Träger errechnet zunächst den theoretischen Betrag der Leistung, den er zu zahlen hätte, wenn er die gesamte nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten anrechenbare Versicherungszeit für die Berechnung der Rente zu berücksichtigen hätte.

b) Auf der Grundlage dieses Betrages hat er den Betrag zu bestimmen, den er im Verhältnis der Dauer der Versicherungszeit, die er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat, zur gesamten Versicherungszeit zu zahlen hat.

(2) Bei Anwendung des Absatzes 1 Buchstabe a wird bei der Festsetzung der Rentenbemessungsgrundlage allein die slowenische Versicherungszeit berücksichtigt.

(3) Übersteigt bei der Anwendung des Absatzes 1 Buchstabe b die gesamte Versicherungszeit, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten berücksichtigt wird, die Höchstdauer der Versicherungszeit, die nach den slowenischen Rechtsvorschriften zur Bemessung der Höhe der Leistung bestimmt ist, wird der Teilbetrag der zu zahlenden Rente im Verhältnis der Versicherungszeit, die nach den slowenischen Rechtsvorschriften berücksichtigt wird, zur Höchstdauer der Versicherungszeit berechnet.

a) Slovenski nosilec izračuna najprej teoretični znesek dajatve, ki bi ga moral izplačevati, če bi za izračun pokojnine moral upoštevati vse zavarovalne dobe, ki se štejejo po pravnih predpisih obeh držav pogodbenic.

b) Na podlagi tega zneska mora določiti znesek, ki ga je dolžan izplačevati, v sorazmerju med dolžino zavarovalne dobe, ki jo mora upoštevati po zanj veljavnih pravnih predpisih, in skupno zavarovalno dobo.

(2) Pri uporabi črke a) prvega odstavka se pri določitvi osnove za pokojnino upošteva samo slovenska zavarovalna doba.

(3) Če pri uporabi črke b) prvega odstavka skupna zavarovalna doba, ki se upošteva po pravnih predpisih obeh držav pogodbenic, presega najdaljšo možno zavarovalno dobo, ki je po slovenskih pravnih predpisih določena za odmero višine dajatve, se delni znesek za izplačevanje izračuna v sorazmerju med zavarovalno dobo, ki se upošteva po slovenskih pravnih predpisih, in najdaljšo možno zavarovalno dobo.

Abschnitt III
Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1
Amtshilfe und Rechtshilfe

Artikel 29
Amts- und Rechtshilfe und ärztliche Untersuchungen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich des Abkommens erfaßten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Für die gegenseitige Rechts- und Amtshilfe der Gerichte der Vertragsstaaten gilt Satz 1 entsprechend. Die Hilfe ist kostenlos. Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten werden jedoch von der ersuchenden Stelle erstattet.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Artikel 30
Anerkennung vollstreckbarer Entscheidungen und Urkunden

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung (ordre public) des Vertragsstaats widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkun-

III. del
Razne določbe

1. poglavje
Administrativna in pravna pomoč

29. člen
Administrativna in pravna pomoč in zdravniški pregledi

(1) Nosilci, združenja nosilcev in organi držav pogodbenic si vzajemno pomagajo pri izvajanju pravnih predpisov iz prvega odstavka 2. člena (stvarna veljavnost) in pri izvajanju tega sporazuma, kot da bi uporabljali pravne predpise, ki veljajo zanje. Za medsebojno pravno in administrativno pomoč sodišč držav pogodbenic velja ustrezno prvi stavek. Pomoč je brezplačna. Stroške v gotovini, razen poštnine, povrne služba, ki je zaprosila za pomoč.

(2) Prvi stavek prvega odstavka velja tudi za zdravniške preglede. Stroške za preglede, potne stroške, izgubljeni zaslužek, stroške nastanitve zaradi preiskav in druge stroške v gotovini, razen poštnine, povrne služba, ki je za to zaprosila. Stroški se ne povrnejo, če je bil zdravniški pregled v interesu pristojnih nosilcev obeh držav pogodbenic.

30. člen
Priznavanje izvršljivih odločb in listin

(1) Izvršljive odločbe sodišč kot tudi izvršljive listine nosilcev ali organov ene države pogodbenice o prispevkih ali drugih terjatvah na področju socialne varnosti se priznavajo tudi v drugi državi pogodbenici.

(2) Priznanje se sme odreči le, če je to v nasprotju z javnim redom (ordre public) države pogodbenice, v kateri je treba odločbo ali listino priznati.

(3) Po prvem odstavku priznane izvršljive odločbo in listine se izvršujejo v drugi državi pogodbenici. Izvršilni postopek se opravi po pravnih predpisih, ki veljajo v državi pogodbenici, v kateri naj se izvršitev opravi, za izvršitev ustreznih v tej državi izdanih odločb in listin. Vsak izvod odločbe ali listine mora biti opremljen s potrdilom o izvršljivosti (klavzula o izvršljivosti).

den gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats.

(4) Terjatve nosilcev na ozemlju ene države pogodbence zaradi zaostalih prispevkov imajo pri prisilni izvršbi kot tudi v stečajnem ali poravnalnem postopku na ozemlju druge države pogodbenice enake prednostne pravice, kot jih imajo ustrezne terjatve na ozemlju te države pogodbenice.

Artikel 31

Schadensersatzansprüche gegen Dritte

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über; der andere Vertragsstaat erkennt diesen Übergang an.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaats nach dessen Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt der andere Vertragsstaat dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaats als auch einem Träger des anderen Vertragsstaats zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaats auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaats auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

(4) Soweit der Schadensersatzanspruch einer Person den Anspruch auf Ersatz von Beiträgen zur Sozialversicherung umfaßt, geht auch dieser Ersatzanspruch auf den Leistungsträger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

31. člen

Pravice do odškodnine od tretjih

(1) Če ima oseba, ki mora po pravnih predpisih ene države pogodbenice dobiti odškodnino za škodo, nastalo na ozemlju druge države pogodbenice, po njenih predpisih pravico do odškodnine od nekoga tretjega, preide ta pravica na nosilca v prvi državi pogodbenici po zanj veljavnih predpisih; druga država pogodbenica ta prehod prizna.

(2) Če ima nosilec ene države pogodbenice po njenih pravnih predpisih izvirno pravico do odškodnine od nekoga tretjega, mu druga država pogodbencia prizna to pravico.

(3) Če imata pravico do odškodnine glede istovrstnih dajatev za isti škodni primer tako nosilec ene države pogodbenice kot tudi nosilec druge države pogodbenice, uveljavlja nosilec ene države pogodbenice na predlog nosilca druge države pogodbenice tudi njegovo pravico do odškodnine. Tretji lahko terjatve obeh nosilcev poravna tako, da jih plača enemu ali drugemu nosilcu z oprostilnim učinkom. V medsebojnem odnosu sta nosilca dolžna opraviti poravnavo v sorazmenih deležih do dajatev, ki jih morata plačati.

(4) Če pravica do odškodnine neke osebe obsega pravico do nadomestila prispevkov za socialno zavarovanje, preide tudi ta pravica do nadomestila na nosilca dajatev prve države pogodbenice po zanj veljavnih pravnih predpisih.

Artikel 32

Gebühren und Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Gebühren einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfaßten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfaßten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

32. člen

Takse in overovitve

(1) Če so po pravnih predpisih ene države pogodbenice listine ali spisi, ki jih je treba predložiti pri uporabi teh pravnih predpisov, delno ali v celoti oproščeni davkov ali taks, vključno s konzularnimi in upravnimi taksami, velja ta oprostitev tudi za ustrezne spise ali listine, ki jih je treba predložiti pri uporabi tega sporazuma ali pravnih predpisov druge države pogodbenice iz prvega odstavka 2. člena tega sporazuma (stvarna veljavnost).

(2) Za listine, ki jih je treba predložiti pri uporabi tega sporazuma ali pravnh predpisov ene države pogodbenice iz prvega odstavka 2. člena tega sporazuma (stvarna veljavnost) službam druge države pogodbenice, ni potrebna overovitev oziroma kakšna podobna formalnost.

Artikel 33

Zustellung und Verkehrssprachen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten können bei Durchführung dieses Abkommens und der von seinem sachlichen Geltungsbereich erfaßten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch ein-

33. člen

Vročanje in jezik sporazumevanja

(1) Nosilci, združenja nosilcev, organi in sodišča držav pogodbenic se lahko pri izvajanju tega sporazuma in pravnih predpisov iz prvega odstavka 2. člena tega sporazuma (stvarna veljavnost) neposredno med seboj in z udeleženimi osebami in njihovimi predstavniki sporazumevajo v svojih uradnih jezikih. To ne posega v pravne predpise o vključevanju tolmačev. Sodbe, odločbe ali drugi spisi se lahko osebi, ki biva na ozemlju druge države pogodbenice, vročajo neposredno s priporočenim pismom s povratnico. Tretji stavek velja tudi za sodbe, odločbe

geschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden. Satz 3 gilt auch für Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.

(2) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefaßt sind.

in druge spise, ki jih je treba vročiti in ki se izdajo pri izvajanju nemškega zakona o preskrbi žrtev vojne ali tistih zakonov, ki predvidevajo njegovo ustrezno uporabo.

(2) Nosilci, združenja nosilcev, organi n sodšča držav pogodbenic ne smejo zavrniti vlog ali listin zaradi tega, ker so napisane v uradnem jeziku druge države pogodbenice.

Artikel 34

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche auf Leistungen bei Alter aufgeschoben wird.

34. člen

Izenačitev zahtevkov

(1) Če je zahtevek za dajatev po pravnih predpisih ene države pogodbenice vložen pri službi v drugi državi pogodbenici, ki sme sprejemati zahtevke za ustrezno dajatev po zanjo veljavnih pravnih predpisih, se šteje, da je bil zahtevek vložen pri pristojnem nosilcu. To velja ustrezno tudi za druge zahtevke ter za izjave in pravna sredstva.

(2) Zahtevke, izjave in pravna sredstva mora služba države pogodbenice, pri kateri so bili vloženi, nemudoma posredovati pristojni službi druge države pogodbenice.

(3) Zahtevek za dajatev po pravnih predpisih ene države pogodbenice se šteje tudi kot zahtevek za ustrezno dajatev po pravnih predpisih druge države pogodbenice. To ne velja, kadar prosilec izrecno zahteva, da se uveljavljanje pravic do dajatev za primer starosti, pridobljenih po pravnih predpisih druge države pogodbenice, odloži.

Artikel 35

Vertretungsbefugnis der Auslandsvertretungen

Die Auslandsvertretungen des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats sind berechtigt, auf Antrag der Berechtigten die zur Sicherung und Erhaltung der Rechte der Staatsangehörigen des ersten Staats notwendigen Handlungen ohne Nachweis einer Vollmacht vorzunehmen. Sie können insbesondere bei den Trägern, Verbänden von Trägern, Behörden und Gerichten des anderen Vertragsstaats im Interesse der Staatsangehörigen Anträge stellen, Erklärungen abgeben oder Rechtsbehelfe einbringen.

35. člen

Pooblastila predstavništev v tujini

Predstavništva ene države pogodbenice na ozemlju druge države pogodbenice so upravičena, da na zahtevo upravičenca brez dokazila o pooblastilu sprejemajo potrebne ukrepe za zavarovanje in ohranitev pravic državljanov prve države. V interesu državljanov lahko predvsem vlagajo zahtevke, dajejo izjave ali vlagajo pravna sredstva pri nosilcih, združenjih nosilcev, organih in sodiščih druge države pogodbenice.

Artikel 36

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

a) Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Der Empfängerstaat darf sie für diese Zwecke verarbeiten und nutzen. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Verarbeitung und Nutzung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfängerstaats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Im übrigen darf die Weiterübermittlung an andere Stellen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.

b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen in Einzelfällen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

36. člen

Varstvo podatkov

(1) Če se na podlagi tega sporazuma v skladu z notarnjim pravom posredujejo osebni podatki, veljajo ob upoštevanju pravnih predpisov, ki veljajo za vsako državo pogodbenico, naslednje določbe:

a) Za izvajanje tega sporazuma in pravnih predpisov, na katere se nanaša, se lahko podatki sporočajo službam, ki so za to pristojne v državi prejmnici. Država prejemnica jih sme v te namene obdelati in uporabiti. Nadaljnje posredovanje podatkov drugim službam znotraj države prejmnice ali obdelava in uporaba podatkov v druge namene v državi prejmnici je dopustna v okviru prava države prejemnice za namene socialne vamosti, vključno s sodnimi postopki v zvezi s tem. Sicer pa je nadaljnje posredovanje podatkov drugim službam dovoljeno samo s predhodnim soglasjem službe, ki podatke posreduje.

b) V posameznih primerih prejemnik na prošnjo obvesti službo, ki posreduje podatke, o uporabi posredovanih podatkov in rezultatih, doseženih s tem.

c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Staates nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung vorzunehmen.

d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, von dessen Stelle die Auskunft begehrt wird.

e) Hat eine Stelle des einen Vertragsstaats personenbezogene Daten auf Grund dieses Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle des anderen Vertragsstaats sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des nationalen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

f) Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, daß durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.

g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten festzuhalten.

h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, personenbezogene Daten, die übermittelt werden, wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung des Abkommens

Artikel 37

Durchführung des Abkommens und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfaßten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1).

(2) Zur Durchführung des Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

a) in der Bundesrepublik Deutschland

für die Krankenversicherung
die Deutsche Verbindungsstelle
Krankenversicherung-Ausland, Bonn,

für die Unfallversicherung
der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V., Sankt Augustin,

c) Služba , ki posreduje podatke, je dolžna paziti na pravilnost podatkov, ki se posredujejo, kot tudi na nujnost in sorazmernost glede na namen posredovanja. Pri tem je treba upoštevati prepovedi posredovanja, ki veljajo v posameznem notranjem pravu. Če se izkaže, da so bili posredovani nepravilni podatki ali podatki, ki jih po pravu države, ki podatke posreduje, ne bi smeli posredovati, je to treba nemudoma sporočiti službi, ki je podatke prejela. Ta je dolžna podatke popraviti ali izbrisati.

d) Na zahtevo se prizadeti obvesti o posredovanih informacijah, ki se nanašajo nanj, in o predvidenem namenu uporabe. Sicer pa se ravna pravica prizadetega, da dobi informacije o podatkih, zbranih o njem, po notranjem pravu države pogodbenice, od katere službe želi informacijo.

e) Če je služba ene države pogodbenice posredovala osebne podatke na podlagi tega sporazuma, se služba druge države pogodbenice, ki je podatke prejela, ne more v okviru svoje odgovornosti po nacionalnem pravu sklicevati pri oškodovancu na to, da posredovani podatki niso bili pravilni, zato da bi sebe razbremenila. Če plača služba, ki je podatke prejela, odškodnino zaradi škode, ki jo je povzročila uporaba nepravilno posredovanih podatkov, povrne služba, ki je podatke posredovala, službi, ki je te podatke prejela, celotni znesek plačane odškodnine.

f) Posredovani osebni podatki se izbrišejo, takoj ko niso več potrebni za namen, zaradi katerega so bili posredovani, in ni nobenega vzroka za domnevo, da bi se lahko zaradi izbrisa oškodovali interesi prizadetega na področju socialne varnosti, ki jih je vredno zaščititi.

g) Služba, ki podatke posreduje, in služba, ki jih prejme, sta dolžni evidentirati posredovanje in prejem osebnih podatkov.

h) Služba, ki podatke posreduje, in služba, ki jih prejme, sta dolžni učinkovito zavarovati osebne podatke, ki se posredujejo, pred dostopom nepooblaščenih oseb, nepooblaščenim spreminjanjem in nepooblaščenim izdajanjem.

(2) Določbe prvega odstavka se ustrezno uporabljajo za poslovne skrivnosti.

2. poglavje

Izvajanje in razlaga sporazuma

37. člen

Izvajanje sporazuma in organi za zvezo

(1) Vladi ali pristojni organi lahko sklenejo dogovore, ki so potrebni za izvajanje tega sporazuma. Pristojni organi se obveščajo o spremembah in dopolnitvah zanje veljavnih pravnih predpisov iz prvega odstavka 2. člena tega sporazuma (stvarna veljavnost).

(2) Za izvajanje sporazuma so določeni ti organi za zvezo:

a) v Zvezni republiki Nemčiji

za zdravstveno zavarovanje
Nemški organ za zvezo
Zdravstveno zavarovanje – tujina, Bonn,

za zavarovanje za nesrečo pri delu
Glavna zveza poklicnih združenj, registrirano združenje, Sankt Augustin,

für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Niederbayern-Oberpfalz, Landshut,

für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;.

b) in der Republik Slowenien

für die Krankenversicherung
die Krankenversicherungsanstalt Sloweniens, Laibach,

für die Renten- und Invaliditätsversicherung
die Renten- und Invaliditätsversicherungsanstalt Sloweniens, Laibach,

für die Leistungen für den Verdienstausfall im Falle der Mutterschaft
das Ministerium für Arbeit, Familie und soziale Angelegenheiten, Laibach.

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

a) Versicherungszeiten nach den deutschen und slowenischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anzurechnen sind oder

b) sonstige im Hoheitsgebiet der Republik Slowenien zurückgelegte Zeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten anzurechnen sind oder

c) der Berechtigte sich im Hoheitsgebiet der Republik Slowenien gewöhnlich aufhält oder

d) der Berechtigte sich als slowenischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Vertragsstaaten aufhält.

Dies gilt für Leistungen zur Rehabilitation nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(4) Die Zuständigkeit der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse nach den deutschen Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

(5) Die Verbindungsstellen und die in Absatz 4 genannten deutschen Träger werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit die zur Durchführung des Abkommens notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Erstattung und die Zahlung von Geldleistungen. Die Bestimmung des Absatzes 1 bleibt unberührt.

za pokojninkso zavarovanje delvacev
Deželna zavarovalnica Niederbayern – Oberpfalz, Landshut,

za pokojninsko zavarovanje uslužbencev
Zvezna zavarovalnica za uslužbence, Berlin,

za rudarsko pokojninsko zavarovanje
Zvezna pokojninska zavarovalnica za rudarje, Bochum,

za železarsko – rudarsko dodatno zavarovanje
Deželna zavarovalnica za Saarland, Saarbruecken,

b) v Republiki Sloveniji

za zdravstveno zavarovanje
Zavod za zdravstveno zavarovanje Slovenije, Ljubljana,

za pokojninsko in invalidsko zavarovanje
Zavod za pokojninsko in invalidsko zavarovanje Slovenije, Ljubljana,

za nadomestila plače v primeru materinstva

Ministrstvo za delo, družino in socialne zadeve, Ljubljana.

(3) Če tega že ne predpisujejo nemški pravni predpisi, je organ za zvezo na področju pokojninskega zavarovanja delavcev pristojen za vse postopke, vključno z ugotavljanjem in plačevanjem dajatev, če:

a) so bile zavarovalne dobe dopolnjene po nemških in slovenskih pravnih predpisih ali se vštejejo ali

b) je treba po nemških pravnih predpisih o tujskih rentah všteti druge, na ozemlju Republike Slovenije dopolnjene dobe ali

c) upravičenec prebiva na ozemlju Republike Slovenije ali

d) upravičenec kot slovenski državljan prebiva zunaj ozemlja držav pogodbenic.

To velja za dajatve za rehabilitacijo le, če se nudijo v okviru tekočega pokojninskega postopka.

(4) To ne posega v pristojnost Zavagovalnega zavoda za železnice in Pomorske zavarovalnice po nemških pravnih predpisih.

(5) Organi za zvezo on nemški nosilci iz četrtega odstavka so pooblaščeni, da se v sodelovanju s pristojnimi organi v okviru svojih pristojnosti dogovorijo o upravnih ukrepih, ki so potrebni in smiselni za izvajanje tega sporazuma, vključno s postopkom o povračilih in o plačevanju denarnih dajatev. To ne posega v določbo prvega odstavka.

Artikel 38

Währung und Umrechnungskurse

Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in dessen Währung mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist. Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats zu leisten. Hat ein Träger in den Fällen der Artikel 30 und 31 an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des ersten Vertragsstaats vorzunehmen.

38. člen

Valuta in devizni tečaji

Denarne dajatve lahko nakazuje nosilec ene države pogodbenice osebi, ki biva na ozemlju druge države pogodbenice, v svoji valuti z oprostilnim učinkom. Za obračun med nosilcem in upravičencem je merodajen tečaj na dan, ko je bila nakazana denarna dajatev. Kadar mora posamezni nosilec kaj plačati nosilcu druge države pogodbenice, plača to v valuti druge države pogodbenice. Kadar mora nosilec kaj plačati nosilcu druge države pogodbenice po 30. in 31. členu, plača to v valuti prve države pogodbenice.

Artikel 39

Erstattungen

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag bei der Zahlung einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Hat ein Träger der Kranken- oder Unfallversicherung eines Vertragsstaats einem Leistungsempfänger einen höheren Betrag gezahlt als den, auf den dieser nach Anwendung der Bestimmungen über das Zusammentreffen von Leistungen (Artikel 12) Anspruch hat, so ist der zuviel gezahlte Betrag als Vorschuß des die Rente schuldenden Trägers des anderen Vertragsstaats anzusehen und zugunsten des Trägers des ersten Vertragsstaats einzubehalten. Soweit Rentennachzahlungen über eine Verbindungsstelle der Rentenversicherung im Wohnstaat des Berechtigten zu leisten sind, behält die mit der Auszahlung beauftragte Verbindungsstelle den zuviel gezahlten Betrag zugunsten des Trägers der Kranken- oder Unfallversicherung in den für diesen geltenden Bedingungen und Grenzen ein.

(3) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaats Leistungen erbracht worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats. Die Pflicht zur Einbehaltung besteht nicht, soweit der Leistungsträger selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des Fürsorgeträgers Kenntnis erlangt hat.

39. člen

Povračila

(1) Če je nosilec ene države pogodbenice neupravičeno izplačal kakšno denarno dajatev, se lahko neupravičeno izplačani znesek zadrži v njegovo dobro pri izplačilu ustrezne dajatve po pravnih predpisih druge države pogodbenice.

(2) Če je nosilec zdravstvenega zavarovanja ali zavarovanja za nesrečo pri delu ene države pogodbenice prejemniku dajatve izplačal znesek, višji od tistega, ki mu ob uporabi določb 12. člena (stek dajatev) pripada, se preveč plačani znesek šteje kot akontacija nosilca druge države pogodbenice, ki je dolžan plačevati pokojnino, in se zadrži v dobro nosilca prve države pogodbenice. Če se zapadle pokojnine plačujejo preko organa za zvezo za pokojninsko zavarovanje v državi prebivanja upravičenca, organ za zvezo, ki je pooblaščen za izplačila, zadrži preveč plačani znesek v korist nosilca zdravstvenega zavarovanja ali zavarovanja za nesrečo pri delu po zanj veljavnih pogojih in okvirih.

(3) Če ima oseba po pravnih predpisih ene države pogodbenice pravico do denarne dajatve za obdobje, za katero je njej ali njenim družinskim članom nosilec socialnega varstva druge države pogodbenice izplačeval dajatev, se ta denarna dajatev zadrži na prošnjo in v dobro nosilca socialnega varstva, ki je upravičen do povračila, tako kot če bi to bil nosilec socialnega varstva s sedežem na ozemlju prve države pogodbenice. Izplačila ni treba zadržati, če je nosilec dajatve sam izplačal dajatev, preden je zvedel za dajatev nosilca socialnega vartva.

Artikel 40

Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf die in Absatz 1 vorgesehene Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

40. člen

Reševanje sporov

(1) Spore med državama pogodbenicama o razlagi ali uporabi sporazuma rešujejo pristojni organi.

(2) Če spora ni mogoče rešiti na način iz prvega odstavka, se na zahtevo ene države pogodbenice zadeva predloži arbitražnemu sodišču.

(3) Arbitražno sodišče se sestavi za vsak primer posebej, pri čemer vsaka država pogodbenica imenuje enega člana, ta dva pa sporazumno predlagata državljana tretje države kot predsednika, ki ga imenujeta vladi obeh držav pogodbenic. Člana morata biti imenovana v dveh mesecih, predsednik pa v treh mesecih, potem ko ena država pogodbenica obvesti drugo , da želi spor predložiti arbitražnemu sodišču.

(4) Če se roki iz tretjega odstavka ne upoštevajo in ni drugega dogovora, lahko vsaka od držav pogodbenic zaprosi predsednika Evropskega sodišča za človekove pravice, naj opravi potrebna imenovanja. Če je predsednik Evropskega sodišča za človekove pravice državljan ene države pogodbenice ali je iz kakšnega drugega razloga zadržan, opravi imenovanje podpredsednik. Če je tudi ta državljan ene države pogodbenice ali je tudi on zadržan, opravi imenovanje po položaju naslednji član sodišča, ki ni državljan nobene od držav pogodbenic.

(5) Arbitražno sodišče odloča z večino glasov na podlagi pogodb med državama pogodbenicama in splošnega mednarodnega prava. Njegove odločitve so obvezujoče. Vsaka država pogodbenica krije stroške za svojega člana ter stroške svojega zastopanja v postopku pred arbitražnim sodiščem. Stroške za predsednika in druge stroške krijeta državi pogodbenici v enakih delih. Arbitražno sodišče lahko glede stroškov določi drugačno ureditev. Sicer pa arbitražno sodišče samo določi svoj postopek.

Abschnitt IV

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 41

Leistungsansprüche

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung des Abkommens nicht entgegen.

(4) Wird ein Antrag auf Feststellung einer Rente, auf die nur unter Berücksichtigung dieses Abkommens Anspruch besteht, innerhalb von zwölf Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so beginnt die Rente mit dem Kalendermonat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren, frühestens mit dem Inkrafttreten des Abkommens.

(5) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, werden unter dessen Berücksichtigung auf Antrag neu festgestellt, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt.

(6) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 5 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der Höhe des bisherigen Zahlbetrags weiter zu erbringen.

Artikel 42

Fortgeltung von Versicherungslasten

(1) Der Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung findet im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien weiter Anwendung.

(2) Die in Artikel 2 Buchstabe b des genannten Vertrags bezeichneten Verpflichtungen übernimmt der Träger der slowenischen Sozialversicherung gegenüber den in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des genannten Vertrags bezeichneten ehemaligen jugoslawischen Staatsangehörigen nur,

a) sofern er unter Anwendung des Artikels 1 Absatz 1 Buchstabe b des genannten Vertrages bereits eine Rente zahlt; dies auch in bezug auf eine Nachfolgerente oder

b) für Personen mit slowenischer Staatsangehörigkeit oder

c) für Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit eines dritten Staates besitzen, mit Ausnahme einer Staatsangehörigkeit eines neuen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien entstandenen Staates, wenn sie am 1. Januar 1956 die slowenische Republikstaatsangehörigkeit hatten.

Artikel 43

Außerkrafttreten von Übereinkünften

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens treten im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien außer Kraft:

- das Abkommen vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit,
- das Änderungsabkommen hierzu vom 30. September 1974,
- die Vereinbarung vom 9. November 1969 zur Durchführung des Abkommens vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit.

IV. del

Prehodne in končne določbe

41. člen

Pravice do dajatev

(1) Ta sporazum se ne uporablja za uveljavljanje pravic do dajatev za čas pred svojo uveljavitvijo.

(2) Pri uporabi tega sporazuma se upoštevajo tudi pomembna dejstva, ki so obstajala po pravnih predpisih držav pogodbenic pred njegovo uveljavitvijo.

(3) Prejšnje odločitve niso ovira za uporabo sporazuma.

(4) Če je v dvanajstih mesecih po uveljavitvi tega sporazuma vložen zahtevek za uveljavitev pravice do pokojnine, do katere bi imela oseba pravico šele na podlagi tega sporazuma, se izplačevanje pokojnine začne s koledarskim mesecem, na začetku katerega so bii izpolnjeni pogoji za uveljavitev pravice, vendar največ od uveljavitve sporazuma dalje.

(5) Pokjnine, ki so bile odmerjene pred uveljavitvijo tega sporazuma, se ob njegovem upoštevanju na zahtevo znova odmerijo, če samo na podlagi določb tega sporazuma nastane neka sprememba.

(6) Če po novi odmeri iz petega odstavka ne bi bila odmerjena nobena pokojnina ali bi bila pokojnina niža od tiste, ki se je nazadnje izplačevala za čas pred uveljavitvijo tega sporazuma, se pokojnina še naprej izplačuje v višini dosedanjega zneska.

42. člen

Nadaljnja veljava zavarovalnih bremen

(1) Pogodba med Zvezno republiko Nemčijo in Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo o ureditiv določenih terjatev iz socialnega zavarovanja z dne 10. marca 1956 se še naprej uporablja med Zvezno republiko Nemčijo in Republiko Slovenijo.

(2) Obveznosti iz črke b) 2. člena omenjene pogodbe do nekdanjih jugoslovanskih državljanov iz črke b) prvega odstavka 1. člena omenjene pogodbe prevzame slovenski nosilec socialnega zavarovanja samo:

a) če ob uporabi črke b) prvega odstavka 1. člena omenjene pogodbe že plačuje pokojnino; enako tudi glede nasledstvene pokojnine ali

b) za osebe s slovenskim državljanstvom ali

c) za osebe, ki imajo nemško državljanstvo ali državljanstvo tretje države, z izjemo državljanstva ene od novih držav, nastalih na ozemlju nekdanje Jugoslavije, če so imele 1. januarja 1956 slovensko republiško državljanstvo.

43. člen

Prenehanje veljavnosti dogovorov

Z uveljavitvijo tega sporazuma v odnosu med Zvezno republiko Nemčijo in Republiko Slovenijo prenehajo veljati:

- Sporazum med Zvezno republiko Nemčijo in Socialistično federativno republiko Jugoslavijo o socialni varnosti z dne 12. oktobra 1968,
- Sprazum o spremembi tega sporazuma z dne 30. septembra 1974,
- Dogovor z dne 9. novembra 1969 o izvajanju Sporazuma med Zvezno republiko Nemčijo in Socialistično federativno republiko Jugoslavijo o socialni varnosti z dne 12. oktobra 1968.

Artikel 44

Schlußprotokoll

Das beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

44. člen

Zaključni protokol

Priloženi zaključni protokol je sestavni del tega sporazuma.

Artikel 45

Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

45. člen

Ratifikacija in uveljavitev

(1) Ta sporazum je treba ratificirati; ratifikacijski listini bosta čim prej izmenjani v Bonnu.

(2) Ta sporazum začne veljati prvi dan drugega meseca po preteku meseca, v katerem sta bili izmenjani ratifikacijski listini.

Artikel 46

Abkommensdauer

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen.

(2) Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder über das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

46. člen

Trajanje sporazuma

(1) Ta sporazum je sklenjen za nedoločen čas. Vsaka država pogodbenica ga lahko pisno odpove po diplomatski poti s trimesečnim odpovednim rokom pred pretekom koledarskega leta.

(2) Če ta sporazum preneha veljati zaradi odpovedi, veljajo za pridobljene pravice do dajatev njegove določbe še naprej. Omejujoči pravni predpisi o izključitvi kakšne pravice ali mirovanju ali odvzemu dajatev zaradi bivanja v tujini ne zadevajo teh pravic.

Zu Urkund dessen habe die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Laibach am 24. September 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

V potrditev tega sta pooblaščenca, pravilno pooblaščena v ta namen, podpisala ta sporazum in ga opremila s svojima pečatoma.

Sestavljeno v Ljubljani dne 24. sept. 1997 v dveh izvirnikih, vsak v nemškem in slovenskem jeziku, pri čemer je vsako besedilo enako obvezujoče.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Zvezno republiko Nemčijo
Heike Zenker

Für die Republik Slowenien
Za Republiko Slovenijo
Nataša Belopavlovič

Schlußprotokoll zum Abkommen vom 24. September 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über Soziale Sicherheit

Zaključni protokol k Sporazumu z dne 24. sept. 1997 med Zvezno republiko Nemčijo in Republiko Slovenijo o socialni varnosti

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:
   a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Alterssicherung der Landwirte gelten die besonderen Bestimmungen über die Rentenversicherung (Abschnitt II Kapitel 3) nicht.
   b) Auf eine nach den deutschen Vorschriften unbeschränkt einkommensteuerpflichtige Person finden für deren Kinder mit Wohnsitz in der Republik Slowenien die deutschen Vorschriften über den Familienleistungsausgleich Anwendung.
   c) Ungeachtet der Bestimmung des Artikels 2 Absatz 2 wird der slowenische Träger für slowenische Staatsangehörige und Personen, die einen Anspruch von einem slowenischen Staatsangehörigen ableiten, falls erforderlich auch die Bestimmungen anderer Abkommen berücksichtigen.
2. Zu Artikel 4 des Abkommens:
   a) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Übereinkünften der beiden Vertragsstaaten mit anderen Staaten bleiben unberührt.
   b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
   c) Slowenische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser für mindestens 60 Monate Beiträge wirksam entrichtet haben; günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt. Dies gilt auch für Flüchtlinge und Staatenlose (Artikel 4 Buchstaben b und c des Abkommens), die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Republik Slowenien aufhalten. Eine vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens begonnene freiwillige Versicherung in der deutschen Rentenversicherung durch einen slowenischen Staatsangehörigen oder einen Flüchtling (Artikel 4 des Abkommens) mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland bleibt unberührt.

Ob podpisu danes sklenjenga Sporazuma o socialni varnosti med Zvezno republiko Nemčijo in Republiko Slovenijo pooblaščenca držav pogodbenic izjavljata, da se strinjata z naslednjim:

1. K 2. členu sporazuma:
   a) Posebne določbe o pokojninskem zavarovanju (II. del, 3. poglavje) ne veljajo za železarsko – rudarsko dodatno zavarovanje in za kmečko starostno zavarovanje, ki obstajata v Zvezni republiki Nemčiji.
   b) Za osebo, ke je po nemških predpisih neomejeno zavezana plačevati davek na dohodek, se za nijene otroke s stalnim prebivališčem v Republiki Slveniji uporabljajo nemški predpisi o izravnavi družinskih dajatev.
   c) Ne glede na določbo drugega odstavka 2. člena bo slovenski nosilec za slovenski državljane in za osebe, ki uveljavljajo pravico po slovenskem državljanu, po potrebi upošteval tudi določbe drughi sporazumov.
2. K 4. členu sporazuma:
   a) Sporazum ne posega v določbe o ureditvi zavarovalnega bremena v meddržavnih dogovorih držav pogodbenic z drugimi državami.
   b) To ne posega v pravne predpise ene države pogodbenice, ki zagotavljajo udeležbo zavarovancev in delodajalcev v samoupravnih organih nosilcev in združenj ter v pravosodnih organih na področju socialne varnosti.
   c) Slovenski državljani, ki prebivajo zunaj ozemlja Zvezne republike Nemčije, imajo pravico do prostovoljnega zavarovanja v nemškem pokojninskem zavarovanju, če so vanj najmanj 60 mesecev dejansko vplačevali prispevke; to ne posega v ugodnejše notranjepravne predpise. To velja tudi za begunce in osebe brez državljanstva (črki b in c 4. člena sporazuma), ki prebivajo na ozemlju Republike Slovenije. To ne posega v prostovoljno zavarovanje v nemškem pokojninskem zavarovanju, ki ga je slovenski državljan ali begunec (4. člen sporazuma), ki prebiva zunaj ozemlja Zvezne republike Nemčije, sklenil pred uveljavitvijo tega sporazuma.

3. Zu Artikel 5 des Abkommens:

   a) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Slowenien gilt die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) in bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht. Dies gilt nicht für Leistungsansprüche, die am Tag vor dem Inkrafttreten des Abkommens bestanden haben.

   b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten), die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, bleiben unberührt.

   c) Die Rechtsvorschriften über Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung bleiben unberührt.

   d) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, werden nicht berührt.

   e) Die slowenischen Rechtsvorschriften über die Ausgleichszulage und über den Hilflosenzuschuß zur Rente bleiben unberührt.

4. Zu den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens:

   Arbeitgeber von entsandten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen Trägern und Organisationen des Staates, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, zusammenzuarbeiten. Weitergehende innerstaatliche Vorschriften bleiben unberührt.

5. Zu den Artikeln 6 bis 11 und 18 Absatz 2 des Abkommens:

   Untersteht eine Person nach den Bestimmungen des Abkommens über die Versicherungspflicht

   - den deutschen Rechtsvorschriften, so finden auf sie und ihren Arbeitgeber auch die deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung und der Pflegeversicherung Anwendung,
   - den slowenischen Rechtsvorschriften, so finden auf sie und ihren Arbeitgeber auch die slowenischen Vorschriften über Arbeitslosenversicherung Anwendung.

6. Zu Artikel 7 des Abkommens:

   Die festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag. Dauert die vorgesehene Entsendung länger als 24 Monate nach Inkrafttreten des Abkommens, so gilt für den verbleibenden Zeitraum die Anwendung der Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, aus dem der Arbeitnehmer entsandt wurde, nach Artikel 11 des Abkommens als vereinbart.

7. Zu Artikel 9 des Abkommens:

   Die deutschen Rechtsvorschriften der Unfallversicherung zum Versicherungsschutz bei Hilfeleistungen und anderen beschäftigungsunabhängigen Handlungen im Ausland bleiben unberührt.

8. Zu Artikel 11 des Abkommens:

   Unterliegt bei Anwendung des Artikels 11 des Abkommens die betroffene Person den deutschen Rechtsvorschriften, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt oder tätig war, wobei eine durch die vorherige Anwendung des Artikels 7 des Abkommens zustandegekommene andere Regelung weiter gilt. War sie

3. K 5. členu sporazuma:

   a) Za osebe, ki prebivajo na ozemlju Republike Slovenije, velja določba 5. člena (izenačitev ozemelj) glede pokojnine po nemških pravnih predpisih zaradi zmanjšane sposobnosti za delo le, če pravica obstaja neodvisno od vsakokratnega položaja na trgu dela. To ne velja za pravice do dajatev, ki so obstajale na dan pred uveljavitvijo tega sporazuma.

   b) To ne posega v nemške predpise o dajatvah za nesreče pri delu (poklicne bolezni), ki niso nastale na ozemlju Zvezne republike Nemčije, ter o dajatvah za zavarovalne dobe, ki niso bile dopolnjene na ozemlju Zvezne republike Nemčije.

   c) To ne posega v pravne predpise o dajatvah za rehabilitacijo, ki jih dajejo nosilci pokojninskega zavarovanja.

   d) To ne posega v nemške pravne predpise, ki predvidevajo mirovanje pravic iz pokojninskega zavarovanja za osebe, ki se z bivanjem v tujini izmikajo kazenskim postopkom, ki se vodijo zoper nijih.

   e) To ne posega v slovenske pravne predpise o varstvenem dodatku k pokojnini ter dodatku za pomoč in postrežbo.

4. K členom 6 do 11 sporazuma:

   Delodajalci, ki pošiljajo svoje delojemalce na delo v tujino, morajo na področju varstva pri delu in preprečevanja nesreč pri delu sodelovati s pristojnimi nosilci in organizacijami države, v kateri delojemalci delajo. To ne posega v obširnejše notranje predpise.

5. K členom 6 do 11 ter k drugemu odstavku 18. člena sporazuma:

   Če za osebo veljajo po določbah sporazuma o obveznosti zavarovanja:

   - nemški pravni predpisi, se zanjo in za njenega delodajalca uporabljajo tudi nemški predpisi o obveznosti zavarovanja za primer brezposelnosti in zavarovanje za nego,
   - slovenski pravni predpisi, se zanjo in za njenega delodajalca uporabljajo slovenski predpisi o zavarovanju za primer brezposelnosti.

6. K 7. členu sporazuma:

   Rok, ki je bil določen, začne teči za osebe, ki so zaposlene na dan uveljavitve sporazuma, s tem dnem. Če predvidena napotitev traja dlje kot 24 mesecev po uveljavitvi sporazuma, potem se šteje za dogovorjeno po 11. členu sporazuma, da se za preostali čas uporabljajo pravni predpisi države pogodbenice, iz katere je bil delojemalec napoten.

7. K 9. členu sporazuma:

   To ne posega v nemške pravne predpise o zavarovanju za primer nesreče pri delu v zvezi z zavarovanjem pri nudenju pomoči in drugih dejanjih v tujini, ki niso povezana z zaposlitvijo.

8. K 11. členu sporazuma:

   Če pri uporabi 11. člena sporazuma za zadevno osebo veljajo nemški pravni predpisi, se šteje, da je zaposlena ali da dela v kraju, kjer je bila nazadnje zaposlena ali je delala, pri čemer še naprej velja druga ureditev, sprejeta zaradi predhodne uporabe 7. člena sporazuma. Če oseba pred tem ni bila zaposlena ali ni delala na ozemlju Zvezne republike

vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt oder tätig, so gilt sie an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

9. Zu Artikel 16 des Abkommens:

   a) Die Anwendung des Absatzes 1 Buchstabe a ist davon abhängig, daß der Träger des Aufenthaltsorts vor der Leistungserbringung einen Vorschuß in Höhe der voraussichtlichen Leistungsaufwendungen erhält.

   b) Die Bestimmungen über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5 und 16) finden in bezug auf ambulante und stationäre Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen der Krankenversicherung nur Anwendung, sofern die für den zuständigen Träger maßgebenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften dies vorsehen.

10. Zu Artikel 17 des Abkommens:

    Zu den Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne des Absatzes 4 gehören nicht Krankenhausbehandlung, Arzneimittel und andere Sachleistungen, die nicht durch ihre Art, sondern wegen der Dauer ihrer Notwendigkeit einen erheblichen finanziellen Umfang erreichen.

11. Zu Artikel 18 des Abkommens:

    Sind nach Absatz 3 die deutschen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner anzuwenden, so ist der Träger der Krankenversicherung zuständig, dem der Versicherte in entsprechender Anwendung der innerstaatlichen Vorschriften über die Wahlrechte und Zuständigkeiten angehört. Wäre danach eine Allgemeine Ortskrankenkasse zuständig, so gehört die Person der AOK Rheinland, Regionaldirektion Bonn, an.

12. Zu Artikel 23 Absatz 1 des Abkommens:

    Die Anwendung des Absatzes 1 ist davon abhängig, daß der Träger des Aufenthaltsorts vor der Leistungserbringung einen Vorschuß in Höhe der voraussichtlichen Leistungsaufwendungen erhält.

13. Zu Artikel 41 des Abkommens:

    a) In Fällen, in denen nach Artikel 25 Absatz 2 des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit eine Versicherungszeit von weniger als 12 Monaten bei der Berechnung der Rente nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt wurde, verbleibt es dabei. Dies gilt auch für Fälle, in denen eine Rente ohne Unterbrechung in eine andere Rente übergeht.

    b) In Fällen, in denen nach Artikel 26 Absatz 2 Satz 4 des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit ein Kinderzuschuß oder ein Erhöhungsbetrag zur Hälfte erbracht wird und in Fällen, in denen nach Artikel 27 Nummer 3 des genannten Abkommens die Zurechnungszeit zur Hälfte angerechnet wird, verbleibt es dabei.

14. Zu Artikel 43 des Abkommens:

    Eine Person, die nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats nach dessen Vorschriften Arbeitslosengeld erhält, hat für ihre Kinder mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Anspruch auf Kindergeld nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats nach Maßgabe des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit in der Fassung des Änderungsabkommens vom 30. September 1974, wenn am Tage vor dessen Außerkrafttreten für die Person Anspruch auf Arbeitslosengeld und Anspruch auf Kindergeld für das Kind besteht.

15. a) Das Abkommen und der Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung, soweit er Regelungen für die im folgenden Buchstaben b

Nemčije, se šteje, da je zaposlena ali da dela v kraju, kjer ima pristojni nemški organ svoj sedež.

9. K 16. členu sporazuma:

   a) Črka a) prvega odstavka se bo uporabila le, če bo nosilec, pristojen po kraju bivanja, pred nudenjem dajatev prejel akontacijo v višini predvidenih stroškov dajatev.

   b) Določbe 5. in 16. člena (izenačitev ozemelj) se pri ambulantnih in stacionarnih preventivnih in rehabilitacijskih ukrepih zdravstvenega zavarovanja uporabijo le, če to predvidevajo notranji pravni predpisi, ki so merodajni za pristojnega nosilca.

10. K 17. členu sporazuma:

    Med storitve večje vrednosti v smislu četrtega odstavka ne spadajo zdravljenje v bolnišnici, zdravila in druge storitve,ki dosežejo večji finančni obseg zaradi trajanja obdobja, v katerem so potrebne, in ne zaradi vrste storitve.

11. K 18. členu sporazuma:

    Če je treba po tretjem odstavku uporabiti nemške pravne predpise o zdravstvenem zavarovanju upokojencev, je pristojen tisti nosilec zdravstvenega zavarovanja, ki mu zavarovanec pripada ob ustrezni uporabi notranjih predpisov o pravici izbire in pristojnostih. Če je v tem primru pristojna splošna krajevna bolniška blagajna, sodi oseba v pristojnost AOK Rheinland, Regionalna direkcija Bonn.

12. K prvemu odstavku 23. člena sporazuma:

    Prvi odstavek se bo uporabil le, če bo nosilec, pristojen po kraju bivanja, pred nudenjem dajatev prejel akontacijo v višini predvidenih stroškov dajatev.

13. K 41. členu sporazuma:

    a) V primerih, ko se je po drugem odstavku 25. člena Sporazuma o socialni varnosti z dne 12. oktobra 1968 pri izračunu pokojnine po pravnih predpisih druge države pogodbenice upoštevala zavarovalna doba, krajša od 12 mesecev, se nič ne spremeni. To velja tudi za primere, ko ena pokojnina brez prekinitve preide v drugo pokojnino.

    b) V primerih, v katerih se po četrtem stavku drugega odstavka 26. člena Sprazuma o soclalni varnosti z dne 12. oktobra 1968 otroški dodatek k pokojnini ali povišani znesek izplačuje polovično, in v primerih, v katerih se po 3. točki 27. člena omenjenega sporazuma dodatna doba prišteje polovično, se nič ne spremeni.

14. K 43. členu sporazuma:

    Oseba, ki po prenehanju delovnega razmerja na ozemlju ene države pogodbenice prejema nadomestilo za brezposelnost po predpisih te države, ima za svoje otroke, ki stalno prebivajo na ozemlju druge države pogodbenice, pravico do otroškega dodatka po pravnih predpisih prve države pogodbenice po določbah Sporazuma o socialni varnosti z dne 12. oktobra 1968 in Sporazuma o spremembi tega sporazuma z dne 30. septembra 1974, če je bila ta oseba na dan pred prenehanjem veljavnosti tega sporazuma upravičena do nadomestila za brezposelnost in do otroškega dodatka.

15. a) Sporazum in Pogodba z dne 10. marca 1956 med Zvezno republiko Nemčijo in Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo o ureditvi določenih terjatev iz socialnega zavarovanja, če pogodba vsebuje ureditve za dejanska stanja, omenjena pod naslednjo črko b), ne veljata kot

bezeichneten Tatbestände enthält, gelten nicht als Abkommen im Sinne der deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten; sie lassen diese Rechtsvorschriften unberührt.

b) Die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des Vertrags vom 10. März 1956 bezeichneten Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) und Versicherungszeiten gelten nach Maßgabe des Artikels 42 des Abkommens als in der slowenischen Sozialversicherung erfüllte Tatbestände im Sinne der deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten. Für die Berechnung der Leistungen werden sie so bewertet, als wäre der Vertrag nicht geschlossen worden.

c) Hat eine in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des Vertrags genannte Person oder der Hinterbliebene dieser Person nach dem 1. Januar 1956, aber vor dem Inkrafttreten des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit den ständigen Wohnsitz im Gebiet der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien aufgegeben, so gelten für sie und hinsichtlich ihrer im Vertrag bezeichneten Ansprüche und Anwartschaften die Buchstaben a und b dieser Nummer mit Wirkung vom Tag der Wohnsitzaufgabe an, wenn die Person oder ihr Hinterbliebener am Tag der Antragstellung deutscher Staatsangehöriger ist.

d) Eine Anwartschaft im Sinne des Artikels 1 des Vertrags vom 10. März 1956 ist nur in bezug auf den Versicherten gegeben.

sporazuma v smislu nemških pravnih predpisov o tujskih rentah; ne posegata v te pravne predpise.

b) Nesreče pri delu (poklicne bolezni) in zavarovalne dobe iz črke b) prvega odstavka 1. člena pogodbe z dne 10. marca 1956 se v skladu z 42. členom sporazuma štejejo kot v slovenskem socialnem zavarovanju nastala dejanska stanja v smislu nemških pravnih predpisov o tujskih rentah. Za izračun dajatev se upoštevajo tako, kot da pogodba ne bi bila sklenjena.

c) Če je oseba iz črke b) prvega odstavka 1. člena pogodbe ali družinski član po smrti te osebe po 1. januarju 1956, vendar pred uveljavitvijo Sporazuma o socialni varnosti z dne 12. oktobra 1968, odjavila stalno prebivališče na ozemlju nekdanje Socialistične federativne republike Jugoslavije, veljata zanjo in za njene v pogodbi omenjene obstoječe in pričakovane pravice črki a) in b) te točke z učinkom od dneva odjave prebivališča pod pogojem, da je ta oseba ali po njeni smrti družinski član na dan vložitve zahtevka nemški državljan.

d) Pričakovana pravica v smislu 1. člena pogodbe z dne 10. marca 1956 se presoja samo po zavarovancu.

Geschehen zu Laibach am 24. September 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sestavljeno v Ljubljani dne 24. september 1997 v dveh izvirnikih, vsak v nemškem in slovenskem jeziku, pri čemer je vsako besedilo enako obvezujoče.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Zvezno republiko Nemčijo
Heike Zenker

Für die Republik Slowenien
Za Republiko Slovenijo
Nataša Belopavlovič

Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 24. September 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über Soziale Sicherheit

Dogovor o izvajanju Sporazuma z dne 24. sept. 1997 med Zvezno republiko Nemčijo in Republiko Slovenijo o socialni varnosti

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Slowenien –

auf der Grundlage des Artikels 37 Absatz 1 des Abkommens vom 24. September 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über Soziale Sicherheit, im folgenden als „Abkommen" bezeichnet –

haben folgendes vereinbart:

Vlada Zvezne republike Nemčije

in

Vlada Republike Slovenije

sta se na podlagi prvega odstavka 37. člena Sporazuma z dne 24. sept. 1997 med Zvezno republiko Nemčijo in Republiko Slovenijo o socialni varnosti – v nadaljevanju "sporazum" –

dogovorili, kot sledi:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In den Bestimmungen dieser Vereinbarung werden die im Abkommen enthaltenen Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

Aufklärungspflichten

Den nach Artikel 37 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und den zuständigen deutschen Trägern nach Artikel 37 Absatz 4 des Abkommens obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3

Mitteilungspflichten

(1) Die in Artikel 37 Absätze 2 und 4 und in Artikel 29 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie dem Abkommen und dieser Vereinbarung ergeben.

(2) Hat eine Person nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaats oder nach dessen Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

I. del

Splošne določbe

1. člen

Opredelitev izrazov

V določbah tega dogovora se izrazi iz sporazuma uporabljajo v pomenu, ki je tam opredeljen.

2. člen

Dolžnost informiranja

Organi za zvezo iz drugega odstavka 37. člena sporazuma in pristojni nemški nosilci iz četrtega odstavka 37. člena sporazuma so v okviru svojih pristojnosti dolžni na splošno informirati osebe, na katere se to nanaša, o pravicah in obveznostih iz sporazuma.

3. člen

Dolžnost obveščanja

(1) Organi in službe iz drugega in četrtega odstavka 37. člena in 29. člena sporazuma morajo v okviru svojih pristojnosti drug drugega in osebe, na katere se to nanaša, obveščati o dejstvih in dajati na razpolago dokazila, potrebna za zagotavljanje pravic in obveznosti, ki izhajajo iz pravnih predpisov, navedenih v prvem odstavku 2. člena sporazuma, ter iz sporazuma in tega dogovora.

(2) Če je neka oseba po pravnih predpisih iz prvega odstavka 2. člena sporazuma, po sporazumu ali po tem dogovoru dolžna nosilcu ali nekemu drugemu organu ali službi sporočiti določena dejstva, velja ta dolžnost tudi glede ustreznih dejstev, ki so podana na ozemlju druge države pogodbenice ali ki izhajajo iz njenih pravnih predpisov. To velja tudi tedaj, če mora neka oseba dati na razpolago določena dokazila.

Artikel 4

Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

(1) In den Fällen der Artikel 7, 10 und 11 des Abkommens erteilt der zuständige Träger des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung darüber, daß der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber diesen Rechtsvorschriften unterstehen. Diese Bescheinigung muß in den Fällen der Artikel 7 und 11 des Abkommens mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, diese Bescheinigung aus.

(3) Sind die slowenischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt die Krankenversicherungsanstalt Sloweniens, Laibach, diese Bescheinigung aus.

4. člen

Potrdilo o pravnih predpisih, ki jih je treba uporabiti

(1) V primerih 7., 10. in 11. člena sporazuma izda pristojni nosilec države pogodbenice, katere pravne predpise je treba uporabiti, glede zaposlitve, ki pride v poštev, na zahtevo potrdilo, da za delojemalca in delodajalca veljajo ti pravni predpisi. V primerih iz 7. in 11. člena sporazuma mora to potrdilo imeti določen rok veljavnosti.

(2) Če je treba uporabiti nemške pravne predpise, izda to potrdilo nosilec zdravstvenega zavarovanja, ki se mu plačujejo prispevki za pokojninsko zavarovanje, sicer pa Zvezna zavarovalnica za uslužbence, Berlin.

(3) Če je treba uporabiti slovenske pravne predpise, izda to potrdilo Zavod za zdravstveno zavarovanje Slovenije, Ljubljana.

Artikel 5

Zahlverfahren

Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats können unmittelbar oder unter Einschaltung von Verbindungsstellen oder der zuständigen deutschen Träger nach Artikel 37 Absatz 4 des Abkommens ausgezahlt werden.

5. člen

Način izplačila

Denarne dajatve se lahko izplačujejo prejemniku na ozemlju druge države pogodbenice neposredno ali preko organov za zvezo oziroma preko pristojnih nemških nosilcev po četrtem odstavku 37. člena sporazuma.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung

Artikel 6

Nachweis der Arbeitsunfähigkeit

(1) Für den Bezug von Geldleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet des Vertragsstaats, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat, legt die betreffende Person im Falle einer ambulanten Behandlung innerhalb von drei Tagen nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit dem Träger des Aufenthaltsorts eine ärztliche Bescheinigung über ihre Arbeitsunfähigkeit vor. Der Träger des Aufenthaltsorts überprüft und bestätigt die Arbeitsunfähigkeit der Person innerhalb von drei Tagen und teilt das Ergebnis unverzüglich dem zuständigen Träger mit. Die Überprüfung erfolgt in der gleichen Weise wie bei der Überprüfung der eigenen Versicherten.

(2) Geht die Arbeitsunfähigkeit über die voraussichtliche Dauer hinaus, so wird Absatz 1 entsprechend angewandt.

Artikel 7

Anspruchsbescheinigung für Sachleistungen

Zur Inanspruchnahme von Sachleistungen nach den Artikeln 5, 16 und 17 des Abkommens hat der Berechtigte dem Träger des Aufenthaltsorts eine vom zuständigen Träger ausgestellte Bescheinigung vorzulegen.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 8

Nachweis der Arbeitsunfähigkeit

Im Falle eines Arbeitsunfalls wird die Bestimmung des Artikels 6 über den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit entsprechend angewandt.

II. del

Posebne določbe

1. poglavje

Zdravstveno zavarovanje

6. člen

Potrdilo o nezmožnosti za delo

(1) Za prejemanje denarnih dajatev pri bivanju na ozemlju države pogodbenice, v kateri pristojni nosilec nima svojega sedeža, predloži oseba, na katero se to nanaša, v primeru ambulantnega zdravljenja nosilcu v kraju bivanja v treh dneh po nastopu nezmožnosti za delo zdravniško potrdilo o nezmožnosti za delo. Nosilec v kraju bivanja preveri in potrdi osebi nezmožnost za delo v treh dneh in nemudoma sporoči izid pristojnemu nosilcu. Preverjanje poteka na isti način kot preverjanje lastnih zavarovancev.

(2) Prvi odstavek se smiselno uporablja tudi, če nezmožnost za delo traja dlje, kot je bilo predvideno.

7. člen

Potrdilo o upravičenosti do storitev

Za uveljavljanje storitev iz 5., 16. in 17. člena sporazuma mora upravičenec nosilcu v kraju bivanja predložiti potrdilo, ki ga je izdal pristojni nosilec.

2. poglavje

Zavarovanje za primer nesreče pri delu

8. člen

Potrdilo o nezmožnosti za delo

V primeru nesreče pri delu se smiselno uporablja določba 6. člena glede potrdila o nezmožnosti za delo.

Artikel 9

Anspruchsbescheinigung für Sachleistungen

Zur Inanspruchnahme von Sachleistungen nach den Artikeln 5, 23 und 24 des Abkommens wird Artikel 7 entsprechend angewandt.

9. člen

Potrdilo o upravičenosti do storitev

Za uveljavljanje storitev iz 5., 23. in 24. člena sporazuma se smiselno uporablja 7. člen.

Artikel 10

Arbeitsunfallanzeige

(1) Für die Anzeige des Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Versicherung besteht.

(2) Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet. Er unterrichtet davon unverzüglich den Träger des Aufenthaltsorts. Geht dem Träger des Aufenthaltsorts die Anzeige zu, so übersendet er sie unverzüglich dem zuständigen Träger.

10. člen

Prijava nesreče pri delu

(1) Za prijavo nesreče pri delu (poklicne bolezni) veljajo pravni predpisi države pogodbenice, po katerih obstaja zavarovanje.

(2) Prijava se vloži pri pristojnem nosilcu. Ta o tem nemudoma obvesti nosilca v kraju bivanja. Če nosilec v kraju bivanja prejme prijavo, jo nemudoma pošlje pristojnemu nosilcu.

Kapitel 3

Verschiedenes

Artikel 11

Statistiken

Die nach Artikel 37 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und die zuständigen deutschen Träger nach Artikel 37 Absatz 4 des Abkommens erstellen jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, Statistiken über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Rentenzahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

3. poglavje

Razno

11. člen

Statistike

Organi za zvezo iz drugega odstavka 37. člena sporazuma in pristojni nemški nosilci iz četrtega odstavka 37. člena sporazuma pripravijo letno, vedno s stanjem 31. december, statistike o izplačilih pokojnin, nakazanih na ozemlje druge države pogodbenice. Podatki naj se po možnosti nanašajo na število in skupni znesek posameznih vrst pokojnin in odpravnin. Obe strani izmenjata statistike.

Abschnitt III

Schlußbestimmung

Artikel 12

Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Sie ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

III. del

Končna določba

12. člen

Uveljavitev in trajanje dogovora

(1) Ta dogovor začne veljati na dan, ko obe državi pogodbenici druga drugo obvestita, da so izpolnjeni potrebni notranjepravni pogoji za uveljavitev.

(2) Ta dogovor se uporablja od dneva uveljavitve sporazuma in velja za isto obdobje.

Geschehen zu Laibach am 24. September 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sestavljeno v Ljubljani dne 24. september 1997 v dveh izvirnikih, vsak v nemškem in slovenskem jeziku, pri čemer je vsako besedilo enako obvezujoče.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za Vlado Zvezne republike Nemčije
Heike Zenker

Für die Regierung der Republik Slowenien
Za Vlado Republike Slovenije
Nataša Belopavlovič

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien wurden die Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit durch das Abkommen vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit umfassend geregelt. Nach der Eigenstaatlichkeit Sloweniens kamen Deutschland und Slowenien überein, das genannte Abkommen im Verhältnis zwischen den beiden Staaten vorübergehend bis zum Abschluß eines neuen Abkommens weiter anzuwenden.

Das neue Abkommen trägt den in beiden Staaten eingetretenen politischen Änderungen und den im Bereich der Sozialen Sicherheit eingetretenen Rechtsentwicklungen Rechnung. Es regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung. Das Abkommen begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung des Abkommens erleichtern.

Artikel 2, der durch Nummer 1 des Schlußprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. In Artikel 2 Abs. 2 ist klargestellt, daß bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt bleiben. Dies gilt nicht, wenn diese zwischenstaatlichen Verträge oder das überstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten.

Artikel 2 umfaßt auch die künftig in Kraft tretenden einschlägigen Rechtsvorschriften.

Die in Nummer 1 Buchstabe a des Schlußprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, daß die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Alterssicherung der Landwirte nicht in die innerstaatlichen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 2 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Buchstabe c der Bestimmung knüpft für slowenische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und für Flüchtlinge und Staatenlose mit gewöhnlichem Aufenthalt in Slowenien das Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung u.a. an die Voraussetzung einer Vorbeitragszeit von 60 Monaten in der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, daß Leistungen auch erbracht werden können, wenn sich die leistungsberechtigte Person im anderen Vertragsstaat aufhält. Nummer 3 des Schlußprotokolls enthält ergänzende Regelungen. Insbesondere bestimmt Nummer 3 Buchstabe a des Schlußprotokolls, daß Renten wegen Berufsunfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit aus der deutschen Rentenversicherung nicht an Berechtigte mit Aufenthalt in Slowenien gezahlt werden, wenn bei der Feststellung der Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand des Versicherten, sondern auch die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt hat.

Die Artikel 6 bis 11 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht bei einer Kollision der deutschen und slowenischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Nach Artikel 6 richtet sich die Versicherungspflicht grundsätzlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). Die Artikel 7 bis 10, die durch die Nummern 6 und 7 des Schlußprotokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen.

Artikel 11 beruht auf der Erwägung, daß mitunter die auf Grund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt und läßt eine abweichende Bestimmung zu.

Nach Artikel 12 sind gewisse rechtserhebliche Tatbestände aus dem Bereich des anderen Staates denen im Bereich des eigenen Staates gleichgestellt. Mit der Regelung werden in bestimmtem Umfang Besserstellungen des Berechtigten vermieden, die sich aus dem Versicherungsablauf innerhalb der Systeme beider Staaten ergeben.

Die Artikel 13 bis 20 sowie die Nummern 9 bis 11 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Bestimmungen über die Krankenversicherung.

Artikel 16 bestimmt, daß die nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung eines Vertragsstaats versicherten Personen unter näher festgelegten Voraussetzungen bei – z.B. vorübergehendem – Aufenthalt im anderen Vertragsstaaat Sachleistungen erhalten können.

Nach Artikel 17 werden die Sachleistungen für Personen mit Aufenthalt im anderen Vertragsstaat nach dessen Rechtsvorschriften von der dortigen Krankenversicherung erbracht; die Kosten werden von der Krankenversicherung der Person im Herkunftsstaat erstattet.

Artikel 18 bestimmt für Rentner, welcher Krankenversicherung – der deutschen oder der slowenischen – sie zuzuordnen sind.

Die Artikel 21 bis 25 und die Nummer 12 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung. Insbesondere bestimmt Artikel 23, daß Personen, die wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats haben, diese auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat erhalten. Die Sachleistungen werden nach den Rechtsvorschriften des Aufenthaltsstaats von den dortigen Versicherungsträgern erbracht; die Kosten werden von der Versicherung der betreffenden Person im Herkunftsstaat erstattet (Artikel 25).

Die Artikel 26 bis 28 enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 26 bestimmt, daß Versicherungszeiten, die in der deutschen und slowenischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem der Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Artikel 27 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 28 nähere Regelungen für die Anwendung der slowenischen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 29 bis 40 enthalten die üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 41 bis 46 enthalten Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Nach Artikel 42 findet der Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung weiter Anwendung (Versicherungslastregelung zwischen Deutschland und Jugoslawien im Zusammenhang mit den Folgen des Zweiten Weltkriegs).

Nach Artikel 43 tritt im Verhältnis zwischen Deutschland und Slowenien das Abkommen vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit außer Kraft.

Denkschrift zur Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Vertragsstaaten, das Ausstellen von Bescheinigungen und das Verfahren bei Zahlungen in den anderen Vertragsstaat.

Nach Artikel 1 haben die Ausdrücke in der Vereinbarung die gleiche Bedeutung wie im Abkommen.

Nach Artikel 2 obliegt den zuständigen Verbindungsstellen die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über das Abkommen.

Artikel 3 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 4 regelt Näheres über Bescheinigungen vor allem für in den anderen Vertragsstaat entsandte Arbeitnehmer.

Aufgrund des Artikels 5 können Geldleistungen in den anderen Vertragsstaat entweder über eine dort befindliche Verbindungsstelle oder unmittelbar an den Empfänger ausgezahlt werden.

Die Artikel 6 und 7 enthalten Bestimmungen für die Krankenversicherung.

Artikel 6 regelt die Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit, wenn Geldleistungen (Krankengeld) bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat in Anspruch genommen werden.

Artikel 7 bestimmt, daß bei der Inanspruchnahme von Sachleistungen im anderen Vertragsstaat der Versicherte eine Bescheinigung seiner Krankenversicherung vorzulegen hat.

Die Artikel 8 bis 10 enthalten die besonderen Vorschriften für die Unfallversicherung.

Artikel 11 enthält eine Regelung über den Austausch von Statistiken über die in den anderen Vertragsstaat vorgenommenen Rentenzahlungen.

Artikel 12 enthält die üblichen Schlußbestimmungen.



Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 82114060 3. 98
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333